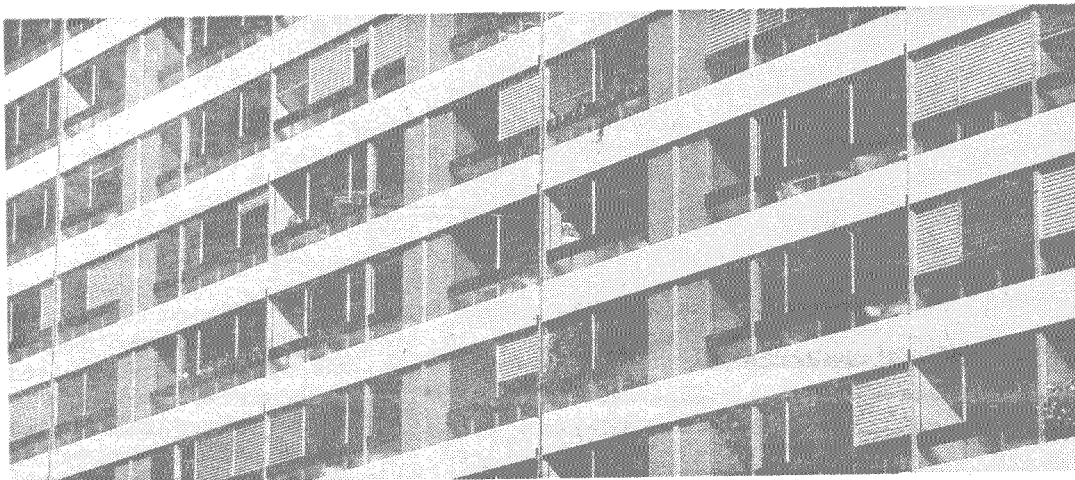


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern) Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich) ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Wie weiter in der Wohnungs- und Bodenpolitik?



Das Wohnungs- und Bodenproblem in der Schweiz schwelt schon seit längerer Zeit. Die vierte Hypothekarzinsrunde hat es ins Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzung gerückt.
(Photo Keystone)

Ausgelöst durch die vierte Hypothekarzins erhöhung innerhalb von zwei Jahren stand die Wohnungs- und Bodenpolitik im Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzung. Sie bildet das Schwerpunktthema dieses «Freisinns». Die Problemliste ist lang. Die FDP hat darauf auf nationaler Ebene und in den Kantonen und Gemeinden reagiert.

AMK. Als Reaktion auf die vierte Hypothekarzins erhöhung innerhalb von zwei Jahren hat das Parlament in der Herbstsession eine wettbewerbsorientierte Überwachung der Hypothekarzinsen beschlossen und für dringlich erklärt.

Zuvor waren intensive politische Debatten geführt worden, bei denen den Banken unter anderem vorgeworfen wurde, sie hätten ihre soziale Verantwortung auf dem in der Schweiz politisch hochsensiblen Hypothekarzinsmarkt

nicht erkannt, überhaupt habe das Gespräch zwischen Politikern und Vertretern der Banken vor der vierten Hypothekarzinsrunde nicht stattgefunden.

Allen voran hat Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz die sozialen Konsequenzen dieser vierten Hypothekarzinsrunde erkannt und die konjunkturpolitische Unterstellung der Hypothekarzinsen unter die Preisüberwachung beantragt. Dem Parlament ging dieser Eingriff zu weit. Neben ordnungspolitischen Bedenken sah es konkret negative Auswirkungen auf die kleineren Banken und den ganzen Hypothekarmarkt.

Die Unterstellung der Hypothekarzinsen unter die Preisüberwachung kann für die Probleme auf dem Wohnungs- und Bodenmarkt aber nicht genügen. Um Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren, müssen politisch tiefer greifende Antworten gefunden werden.

Mehr zum Thema ab Seite 5

«Wir sind ein Volk»



Am 3. Oktober 1990 endete die europäische Nachkriegszeit. Der Ruf der ehemaligen DDR-Bürger «Wir sind ein Volk» ist wahr geworden und wird auch am Auto demonstriert.
(Photo Michael Stahl)

Artikel auf Seite 2

Inhalt

- Über Opposition, Freisinn und Liberalismus 10
- Wie weiter mit der Frauenpolitik? 13
- Das Mündigkeitsalter muss herabgesetzt werden 15
- FDP-Leute 16
- Quiz 18



Kriegsdenkmal mit Panzer und der Inschrift: «Ruhm den sowjetischen Kämpfern, den Befreierern». Mit dem sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschew, wurde nun die deutsche Einheit möglich.

Mit Deutschlands neu erlangter Einheit endete am 3. Oktober 1990 die europäische Nachkriegszeit. Die deutsche Teilung war eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Diesen hatten die deutschen Nazis 1939 entzündet. Die Teilung stand nicht nur für den verlorenen Krieg, sondern auch für die Spaltung Europas in zwei feindliche politische Lager.

Deutschlands neu erlangte Einheit

◆ Jacques Baumgartner

Am 3. Oktober 1990 erloschen die Sonderrechte der Siegermächte in Deutschland. Das heisst, die USA, Frankreich, Grossbritannien und die Sowjetunion verzichteten auf diese und entliess Deutschland in die volle und uneingeschränkte Souveränität. Die Deutschen selbst hatten mit der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 24. September in Ostberlin die Einigung besiegelt. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) billigte die Grundgesetz genannte Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und trat jetzt dieser Verfassung bei. Damit hörte die DDR zu existieren auf. Die deutsche Einheit war vollzogen, allerdings

mit territorialen «Einschränkungen». Das grösser gewordene Deutschland verzichtet auf frühere Gebietsansprüche östlich von Oder und Neisse.

Massenauszug

Der Anfang vom Ende für das SED-Regime in der DDR kündigte sich am 10. September 1989 an. Ungarn zerriss den Eisernen Vorhang und erlaubte Zehntausenden angereicherter DDR-Bürger, in den Westen auszureisen. Der Flüchtlingsstrom wurde zum Massenauszug aus der DDR. Nochmals verordnete das blamierte SED-Regime aus Anlass des vierzigsten Jahrestages der DDR-Gründung Jubeltage. Auch Gorbatschew kam nach Ostberlin, aber nicht um mitzujubilieren, sondern um die greise Potentatenriege zu

ermahnen. Es war vergeblich. Doch das Volk hatte die Angst vor dem vormundschaftlichen Staat verloren.

«Wir sind ein Volk»

Nach 28 Jahren, am 9. November 1989, «fiel» die Mauer.

Die sogenannte deutsche Frage kam auf die «Tagesordnung der Weltpolitik». Vorerst sträubten sich vielen Westeuropäern die Haare beim blossen Gedanken an ein einziges Deutschland. Die Amerikaner befürworteten sofort die deutsche Einigung. Aber den Schlüssel hierfür hielt der Kreml in Händen.

Zugang zum Westen

Im Februar teilte Gorbatschew dem deutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl, mit, «es ist das alleinige Recht des deutschen Volkes zu entscheiden, ob es in einem Staat zusammenleben will». Im Juli gab die Sowjetunion, gegen Zusicherung eines Hilfs- und Freundschaftsvertrages, ihre Zustimmung zu einer Mitgliedschaft von Gesamtdeutschland in der Atlantischen Allianz (Nato).

Ursprünglich mag man in Moskau an ein «neutralisiertes» Gesamtdeutschland gedacht haben. Aber damit wäre wieder ein Sonderstatut für Deutschland geschaffen, wären die Deutschen wieder in eine Sonderstellung gedrängt

worden. Sonderstellungen sind immer gefährlich. Eine Sonderstellung passte auch nicht in die «Europahausvision» von Gorbatschew. In Moskau wurde eingesehen, dass über die deutsche Einheit – eingebunden in europäischer und transatlantischer Partnerschaft – eher der Zugang zum Westen gefunden werden kann. Und Zugang steht für westliche Finanz-, Wirtschafts- und Technologiehilfe.

Einigungsprozess

Im vergangenen März wählten die DDR-Bürger erstmals frei ein Parlament, die Volkskammer. Das war der erste Schritt in Richtung Vereinigung. Als nächster Schritt folgte im Juli die Währungsunion, die Einführung der D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR. Seither hält soziale Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip der Volkswirtschaft ihren Einzug.

Oskar Lafontaine, der SPD-Herausforderer von Helmut Kohl bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen seit nahezu sechzig Jahren am kommenden 2. Dezember, wirft der Regierung in Bonn vor, den Bürgern den «Übernahmepreis» zu «verschleiern». Die Übernahme der DDR dürfte die Steuerzahler bis 1994 über 500 Milliarden D-Mark kosten. Aber auch das gehört zu den Hypothesen der Nachkriegsordnung, welche es abzutragen gilt. □



Erste Zeichen der freien Marktwirtschaft in der DDR: Kinder essen die ungewohnten Früchte mit den Augen.

(Photos Michael Stahl)

Rita Hediger: Bergbäuerin und Kantonalparteisekretärin der Liberalen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf eine friedliche Lösung im Konflikt am Persischen Golf. Dass bei uns auch die kleinen und mittleren Bauernbetriebe ihre Existenz behalten können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die «offizielle» Landwirtschaftspolitik.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Nicht die wichtigste, aber für mich die nützlichste Erfindung ist der Allrad-(4-Rad-)Antrieb, da ich viel unterwegs bin und wir abgelegen wohnen. Die entbehrlichste: Waffen zu Kriegszwecken.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Kurzbiographie

Rita Hediger

Zur Person: Bergbäuerin, 10-ha-Betrieb in der Bergzone 1. Milchwirtschaft und Kirschenanbau, aufgewachsen in Schaffhausen, seit 1973 in Steinen SZ wohnhaft, verheiratet mit Martin Hediger, 4 Kinder.

Alter: 46. Berufliche Stationen: kaufmännische Ausbildung, seit 18 Jahren Bergbäuerin.

Politischer Werdegang: Gemeinderätin in Steinen (1976–1980), Kantonalparteisekretärin der Liberalen Volkspartei des Kantons Schwyz (LVP), Kopräsidentin der Schweizerischen Vereinigung zum Schutze der kleinen und mittleren Bauern (VKMB).

Liebste Tätigkeit: jassen und schreiben. □



Stadtkind und Bergbäuerin, Kantonalsekretärin der Liberalen Volkspartei des Kantons Schwyz (LVP) und Co-Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung zum Schutze der kleinen und mittleren Bauern (VKMB): Rita Hediger hat den Mut, Unterschiedliches zusammenzubringen.

Neben den Bergen, den Seen und der Vielfalt der Landschaft die Demokratie – weil sie nicht die schlechteste Staatsform ist.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die schlechte Stimmbeteiligung und das Desinteresse gewisser Leute zu politischen Fragen und Aufgaben.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Mit dem zweiten Teil kann ich mich hundertprozentig einverstanden erklären. Minderheiten sind die Mehrheiten der nächsten Generation.

Warum sind Sie bei der FDP?

Bei uns im Kanton Schwyz sind wir die Liberalen (Liberalen Volkspartei, LVP); hier erhalten

auch die Schwächeren die Möglichkeit freier Entfaltung.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Der Nobelpreis – oder der Geldpreis – sollte nicht für wissenschaftliche, sondern nur für humanitäre Leistungen verliehen werden. Also für den Frieden. Er sollte ein Friedenspreis sein, wie ihn Henry Dunant, Albert Schweitzer, Sacharow, Mutter Teresa oder Walesa erhalten haben. Ich glaube, wir hätten eine friedlichere und einträchtigere Welt.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Offenheit und durch Mut zu Veränderungen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Frauen wählen lieber Männer als Frauen!

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: meine Ungeduld. Stärke: Durchsetzungsvermögen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Im Moment habe ich keine Zeit für ein Buch. Ich kämpfe mich täglich durch etliche Zeitungen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Die Arbeit hier auf dem Hof hält mich topfit!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ferien.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Pfarrer Sieber, ich schätze sein soziales Engagement. □

Staatskunde für Fortgeschrittene



Es ist nicht einfach, das Funktionieren von National- und Ständerat in allen Feinheiten zu verstehen. Staatskundliches Wissen allein genügt nicht. Man muss auch wissen, wie das eidgenössische Parlament entstanden ist, und man braucht vor allem den «Blick von innen». Das Buch von Urs Marti: «Zwei Kammern – ein Parlament. Ursprung und Funktion des schweizerischen Zweikammersystems» (Verlag Huber, Frauenfeld 1990), leistet beides: die historische Erklärung und das anschauliche und differenzierte Schildern des Funktionierens und des politischen Zusammenspiels beider Räte.

Urs Marti kennt die eidgenössischen Räte wohl wie kein zweiter. Seit über zwanzig Jahren berichtet er für die «Neue Zürcher Zeitung» aus dem Bundeshaus. Seine Analysen kann er daher immer wieder mit Beispielen konkretisieren. Dass Marti Journalist ist, kommt auch der Lesbarkeit des Buches zugute. Auch wenn komplizierte parlamentarische Abläufe geschildert werden, bleibt es doch gut verständlich.

Parlamentsreform

Besondere Aktualität erhält das Buch durch die Diskussion um Parlamentsreformen, durch

Meinungen, das schweizerische Milizsystem vermöge angesichts eines neu entstehenden Europa seine Aufgaben nicht mehr genügend wahrzunehmen. Nicht neu, aber akuter geworden ist das Problem der Arbeitsüberlastung sowohl für Parlamentarier als auch für den Bundesrat. Der Wunsch nach grundlegenden Reformen von Regierung und Parlament ist vor allem im gemeinsamen Vorstoss der freisinnigen Parlamentarier Rhinow und Pettipierre formuliert.

Damit stehen die beiden FDP-Politiker in einer Tradition, die Marti wie folgt festhält: «Die Schaffung und die Ausgestaltung des Bundesstaates sind die historischen Verdienste des Freisinns. Die mit der Zustimmung der Volksmehrheit erhaltene Befugnis nützt er mit grosser Einsicht und Schöpferkraft aus, und man darf dabei eines nicht vergessen: eine nicht von Grund auf reorganisierte Eidgenossenschaft wäre weder imstande gewesen, die an sie herantretenden grossen Wirtschaftsprobleme zu lösen, noch wäre es ihr gelungen, die Existenz des Kleinstaats wegen der von aussen her immer wieder drohenden kriegerischen Ereignisse überhaupt aufrechtzuerhalten.» (S. 60) – Marti beschreibt hier die Anfänge des Bundesstaates vor über hundert Jahren. Aber ist heute nicht eine ebenso grosse Aufgabe zu bewältigen?

Anhänger des Milizsystems

Marti ist ein deklariertes Anhänger des schweizerischen Zweikammersystems und des Milizparlaments. Von Anfang an spüren die Leser die Begeisterung des Autors für das feine Zusammenspiel beider Räte, für die Bedeutung des oftmals kritisierten Ständerats. Marti bleibt dabei aber nicht kritiklos. So stellt er etwa fest, dass es der Bundesversammlung arbeitstechnisch nicht gelingen sei, sich an die Erfordernisse der modernen Zeit anzupassen (S. 112). Anstelle

der Fraktionspräsidentenkonferenz sähe er ein demokratischeres Modell, ähnlich jenem des «Ältestenrates» des Deutschen Bundestages.

Gegenüber einem Berufsparlament aber bleibt der Autor skeptisch. Er fürchtet das Eigenleben und die Eigengesetzlichkeit, die sich daraus entwickeln würden. Eine Politik, die auf eidgenössischer Ebene im grösseren Ausmass professioneller betrieben würde als heute, müsste, so Marti, «zwangsläufig den Trend zum Zentralismus begünstigen und den Zentralstaat stärken» (S. 106 f.). Als weitere Folge sähe Marti eine grössere Entfremdung des Parlamentarier von der Basis.

Der Bundesrat

Ein besonderes Kapitel widmet Marti dem Bundesrat. Auch hier können die Leser vom «Insiderwissen» des Autors profitieren. Die Besonderheiten dieses Exekutivorgans in der Schweiz werden beschrieben, das Kollegialitätsprinzip, der Faktor Stabilität, das Sitzungsgeheimnis, die Rolle des Bundesrates in den Kommissionen und gegenüber dem Parlament. Marti weiss aber auch über die sehr strenge Sitzungsordnung des Bundesrates zu berichten oder über die Rolle des Bundespräsidenten. Bezogen auf das Gesamthema Parlamentarismus, zieht der Autor folgendes Fazit: «Parlamentarismus im schweizerischen Sinne ist nicht bloss ein Gegenspiel zweier voneinander unabhängiger, gleichberechtigter Kammern. Dem Faktor Bundesrat kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Nach dem Willen der Schöpfer des Bundesstaates sollten die eidgenössischen Räte die «oberste Gewalt» im Bunde bilden. Lange Zeit stand auch der Bundesrat im Schatten des Parlamentes. Das hat sich geändert. Der Bundesrat ist mächtig geworden, im Verhältnis zur Legislative sogar «übermächtig»» (S. 72)

Dokumentarischer Wert

Martis Buch ist eine Staatskunde für Fortgeschrittene. Wie werden Kommissionen bestellt? Was sind die Aufgaben des Ratsbüros? Was ist der Unterschied zwischen einer Gesamtabstimmung und

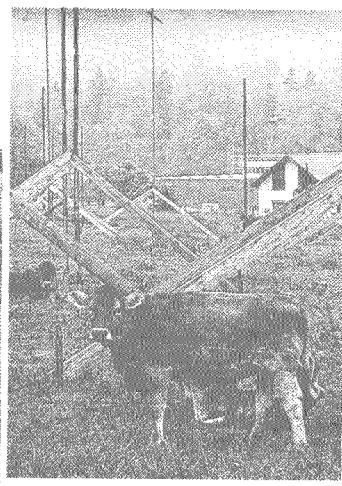
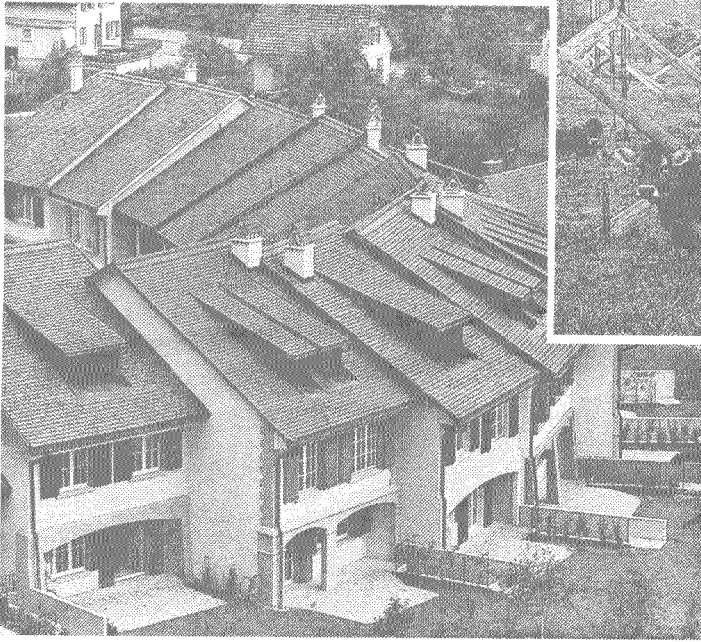
einer Schlussabstimmung? Welches sind die Einflussmöglichkeiten des Parlamentarier? Wie wird man Ratspräsident? Wie werden die Geschäfte auf die Räte verteilt? – Wer das und vieles mehr schon immer genauer wissen wollte, der findet in Martis Buch genaue Antworten.

Dokumentarischen Wert erhält das Buch durch den Anhang, der sämtliche National- und Ständeräte seit 1848 aufführt sowie alle Bundesräte, Bundespräsidenten, Ratspräsidenten und sogar Alterspräsidenten (über deren Funktion Marti im Textteil natürlich genau Auskunft gibt). □



Urs Marti wurde 1940 in Solothurn geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums erfolgte der Einstieg in den Journalismus und auch in eine aktive politische Tätigkeit, wiederholt unterbrochen durch kürzere Auslandsaufenthalte zur Weiterbildung v. a. auf dem Gebiete der politischen Wissenschaft und der Zeitgeschichte.

Von 1962 bis 1969 Redaktor der «Solothurner Zeitung», seit 1969 Bundeshausredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung». Urs Marti war von 1969 bis 1973 Zentralpräsident der Jungliberalen Bewegung der Schweiz und gleichzeitig auch Mitglied der Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. Er war Mitverfasser der freisinnigen «Rigi-Thesen» und ist seit 1978 Präsident der Vereinigung der Bundeshausjournalisten.



Wunsch und Wirklichkeit. Und dazwischen das, was not tut: die Produktion von Wohnraum.

(Photos Keystone)

Wohnen – ein Politikum

Die Ausgangslage ist klar: Die Versorgung mit Wohnraum ist ein Problem. Angesichts einer hohen Hypothekarverschuldung, der Koppelung von Hypothekar- und Mietzins und wenig Wohneigentum sind Zinsschwankungen ein Politikum. Die FDP hat dies früh erkannt und politische Arbeit geleistet.

AMK. Wie konnte es soweit kommen, dass in der Schweiz das Wohnen zum Problem geworden ist? Hat die Politik oder hat der Markt versagt? Oder ist ganz einfach die Schweiz zu klein geworden für die gestiegenen Wohnraumsprüche der grösseren Bevölkerung?

Dazu einige Fakten: Zwischen 1970 und 1985 nahm die Bevölkerung der Schweiz um vier Prozent zu. Im gleichen Zeitraum stieg der Wohnungsbestand um dreissig Prozent. Zu wenig Wohnungen stehen leer, damit der Markt funktionieren kann. Mit ein Grund ist die steigende Zahl von Kleinhaushaltungen. Rund ein Drittel aller Wohnungen vermögen in qualitativer Hinsicht nicht zu genügen: Wohnungen von Familien mit Kindern sind überbelegt, andere Wohnungen sind zu teuer oder in einer schlechten Lage. Die Nachfrage nach Wohnraum ist also gross, ihr steht aber kein entsprechendes Angebot gegenüber.

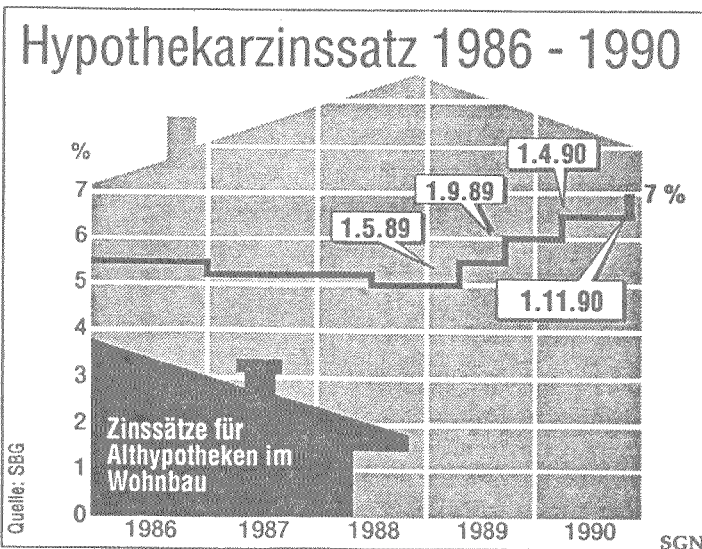
Die Politik ist für die heutige Situation mitverantwortlich.

Städte und Gemeinden haben zu wenig Bauland geschaffen und nicht auf verdichtete Bauformen hingewirkt.

Einer liberalen Politik muss es darum gehen, eine staatliche Wohnungswirtschaft zu verhindern. Bei sozialen Notfällen und Missbräuchen muss aber eingegriffen werden. Vordringlich ist eine Angebots-

erweiterung. Im Bereich Hypothekarverschuldung muss es darum gehen, mehr Anreize zu bieten, diese Verschuldung abzubauen. Miet- und Hypothekarzins müssen entkoppelt werden.

Die FDP hat auf allen politischen Ebenen Arbeit geleistet, um die Lage auf dem Boden- und Wohnungsmarkt zu verbessern (s. Beiträge in diesem «Freisinn»). Ein Erfolg wird sich nicht kurzfristig einstellen können, gilt es doch strukturelle Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren. Um so wichtiger ist es, die Bemühungen konsequent weiterzuführen.



Vier Hypothekarzinsrunden innerhalb von zwei Jahren. Das musste zum Politikum werden. (Graphik Keystone)

Thesen

- Angesichts des historisch tiefsten Leerwohnungsbestandes, der weiterhin steigenden Nachfrage und der immer geringeren Produktion wird es in der Versorgung mit Wohnraum zu grossen Problemen kommen.

- Der Produktion von Wohnraum und der Schaffung von Wohneigentum kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu.

- Die Mieterschutzgesetzgebung behindert die Erstellung neuen Wohnraums, schafft volkswirtschaftlich schädliche Überwälzungsmechanismen und bremst die Teuerungskämpfung.

- Die verzögerte Anpassung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz erhöht das Zinsniveau in der Schweiz.

- Härten und Anpassungsprobleme sind nicht mit umfassenden Markteingriffen zu bekämpfen, sondern mittels gezielter sozialpolitischer Massnahmen zu lindern.

- Schädliche Bodenspekulation ist zu bekämpfen.



Ihr Ferienverbesserer

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Freisinn FDP», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler; für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

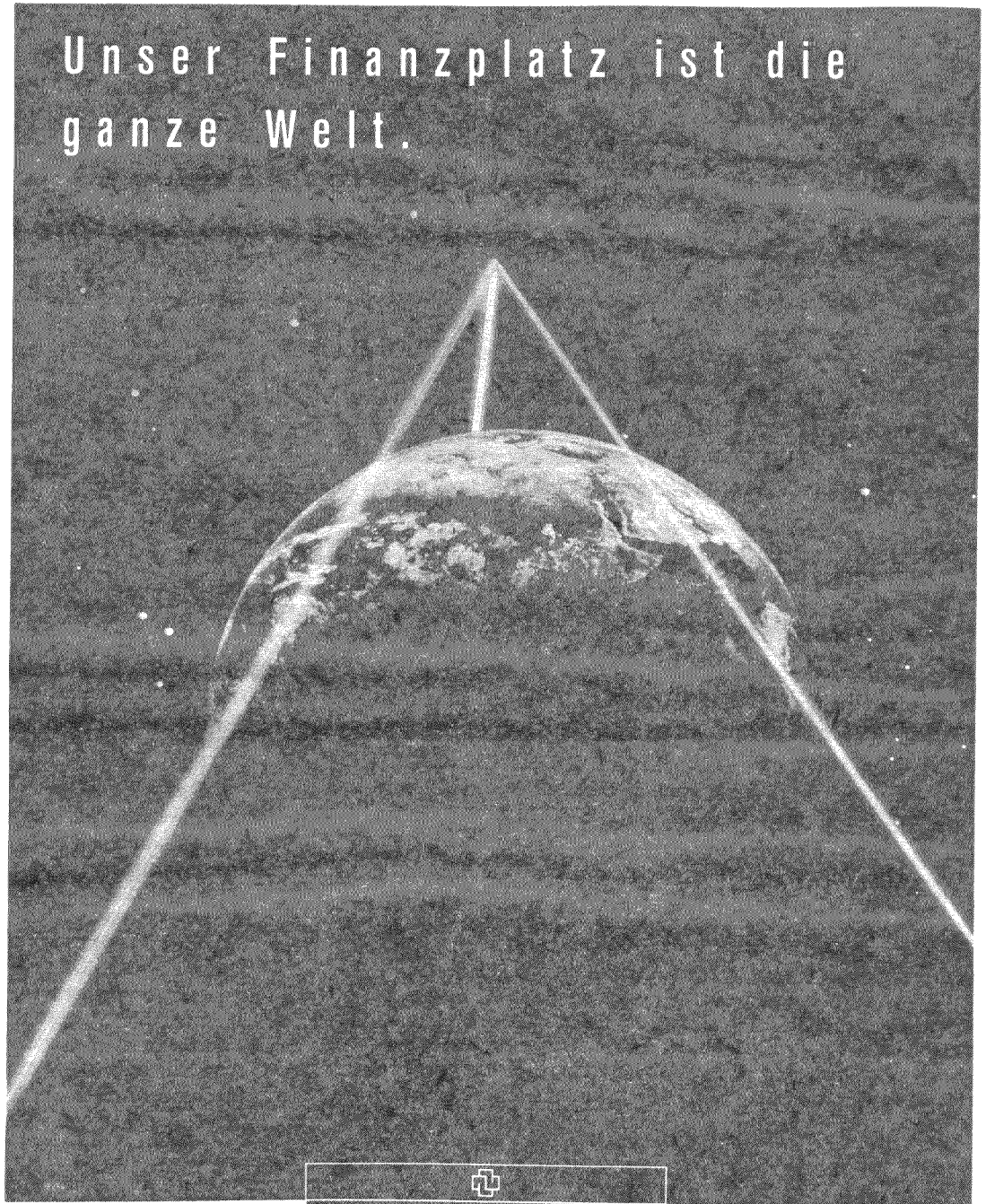
Inseraten-Verwaltung: Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.
ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

Die SKA zum Thema Global Banking

Unser Finanzplatz ist die ganze Welt.



Unsere Produkte sind

**Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

 **Spaltenstein**
IMMOBILIEN AG

Weder Ort noch Zeit sollen für die Abwicklung Ihrer Bankgeschäfte eine Rolle spielen. Deshalb sind wir auf allen wichtigen Finanz-

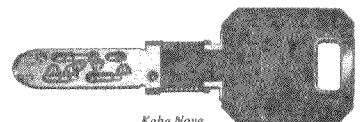
plätzen der Welt rund um die Uhr vertreten. So können Sie uns in der Schweiz zu jeder Tages- und Nachtzeit Aufträge erteilen, zum Beispiel Devisen in Tokio oder New York zu kaufen. Was auch immer Sie an Geschäften tätigen wollen, wir sind für Sie da. Jederzeit, kompetent und freundlich, überall auf der Welt.


**SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA**

lung Ihrer Bankgeschäfte eine Rolle spielen. plätzen der Welt rund um die Uhr vertreten.

SKA - die Bank mit Perspektiven.

MIT BAUER KABA SCHLIESST EIN GUTES MANAGEMENT ERFOLGREICH AB.



Kaba Nova.
Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.

Freisinnige Positionen in der Wohnungs- und Bodenfrage

1987

Interpellation Früh. Wohneigentumsförderung mit Mitteln der gebundene Selbstvorsorge. Verlangt wird eine raschestmögliche Indienststellung der Mittel der gebundenen Selbstvorsorge zugunsten der Wohneigentumsförderung.



1988

Motion Rhinow. Verbesserung der Situation auf dem Bodenmarkt. Vom Bundesrat werden wirksame und vollzugstaugliche Bestimmungen in den Bereichen Wohneigentumsförderung,



Spekulationsbekämpfung, Baulandhortung, Druck institutioneller Anleger, rechtzeitige Erschliessung und flächensparende Bauweise samt Erneuerung der bestehenden Bausubstanz verlangt.

Postulat Gysin. Wohnungsmarkt und Wohnungsbau. Der Bundesrat wird eingeladen, in Verbindung mit den Kantonen eine verbesserte periodische Stichprobenermittlung der leerstehenden Wohnungen einzuführen.



Der Verband liberaler Baugenossenschaften ist eine weitere Aktivität, die schon vor Jahren aus freisinnigen Kreisen lanciert worden war. Inzwischen sind in der ganzen Schweiz zahlreiche Liberale Baugenossenschaften gegründet worden. Mehr über den Verband und dessen Präsidenten und Mitbegründer, Dr. Alexander Willi, auf den Seiten 10 und 11. □

auf ausreichende Erschliessung von Bauland hinzuwirken und konkrete Wege für bodensparende Bauverdichtung aufzuzeigen.

Interpellation Allenspach. Eigentumsförderung und Eigenmietwert. Als Folge der Erhöhung des Eigenmietwerts im Kanton Zürich durch die Eidgenössische Steuerverwaltung wird gefragt, ob der staats- und sozialpolitisch wichtige Verfassungsauftrag, die Eigentumsbildung zu fördern, nicht durch Fiskalmassnahmen beeinträchtigt werde.



Motion Scheidegger. Wiederverkauf von Bauland. Sperrfrist. Verlangt wird eine 5jährige Sperrfrist für Bauland in Ergänzung des Art. 218 OR.



1989

Parlamentarische Initiative Spoerry. Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge. Verlangt wird die Freigabe der im Rahmen der beruflichen Vorsorge sowie in der gebundenen Selbstvorsorge angesparten Vermögen zugunsten des selbstgenutzten Wohneigentums.



Motion Weber. Förderung Wohneigentum mit Mitteln der zweiten Säule. Verlangt wird eine Lockerung des in Art. 331 lit. c OR verankerten Verpfändungsverbot für Vorsorgemittel sowie die Inanspruchnahme



der angesparten Mittel der beruflichen Vorsorge für den Er-

werb von selbstgenutztem Wohneigentum bis zur Hälfte des jeweiligen Freizügigkeitsguthabens.

1990

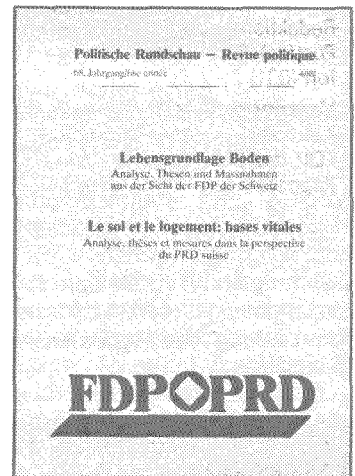
Motion FDP-Fraktion. Aufhebung der Teile B und C der Sofortmassnahmen Bodenrecht. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Teile B (Bundesbeschluss über eine Pfandbelastungsgrenze für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke) und C (Bundesbeschluss über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und Versicherungseinrichtungen) der dringlichen und befristeten Bodenrechtsbeschlüsse vom 6. Oktober 1989 sofort (so rasch wie möglich) ausser Kraft zu setzen.

Motion FDP-Fraktion. Förderung gemeinnütziger Bauträger. Der Bundesrat wird aufgefordert, mit dem Budget 1991 einen Sonderkredit für die Aufstockung der Bundesdarlehen für die Fonds de roulement zugunsten gemeinnütziger Bauträger im Betrag von 200 Millionen Franken zu erhöhen.

Motion der FDP-Fraktion. Entkoppelung von Hypothekar- und Mietzinsen. Der Bundesrat wird beauftragt, baldmöglichst eine Vorlage zur Abänderung der einschlägigen mietrechtlichen Bestimmungen im OR und Nebenerlassen mit dem Ziel zu unterbreiten, die volkswirtschaftlich und sozial schädliche Koppelung von Hypothekarzinsen und Mietzinsen aufzuheben. Dies bedingt, dass die einseitige Ausrichtung der Mieterschutzgesetzgebung auf die Kosten, wie Hypothekarzins, durch eine vermehrte Ausrichtung auf den Markt ersetzt wird. Es versteht sich, dass auch sonst alle Anstrengungen zu unternehmen sind, um den Markt zu normalisieren. Dabei sind soziale Sicherungen vorzusehen, um eine unverhältnismässige Belastung besonders der einkommensschwachen Mieter zu vermeiden. Der Bundesrat wird beauftragt, in diesem Sinne

Die FDP bietet Lösungen

Noch vorrätig sind bei der FDP Schweiz eine «Checklist» mit Postulaten im Bereich Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung zur Verwirklichung auf kantonaler und kommunaler Ebene. In diesem Papier sind konkrete Mass-



nahmen aufgelistet, welche die an einer Delegiertenversammlung verabschiedeten Thesen zur Bodenpolitik in konkrete Postulate umsetzen. Eine «Politische Rundschau» enthält die Referate, die an der Bodentagung gehalten wurden, und das Grundsatzpapier «Lebensgrundlage Boden».

Sie können diese Unterlagen bestellen!

Bitte senden Sie mir:

— Ex. «Checklist»: Postulate im Bereich Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung zur Verwirklichung auf kantonaler und kommunaler Ebene zum Selbstkostenpreis von je Fr. 1.—.

— Ex. «Politische Rundschau» zur Bodenpolitik zum Selbstkostenpreis von je Fr. 3.—.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

eine Revision der Bestimmungen gegen Missbräuche zu unterbreiten.

Postulat der FDP-Fraktion. Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz. Der Bundesrat wird unter anderem aufgefordert, eine Studie ausarbeiten zu lassen über die künftige schweizerische Zinsentwicklung und zu untersuchen, wie eine langfristige Finanzierung und Amortisation der Hypotheken sichergestellt werden kann, beispielsweise durch die Schaffung eines Marktes für standardisierte Hypothekartikel (Securitization) und durch die vermehrte Verwendung von BVG-Geldern für die langfristige, marktkonforme Finanzierung des Hypothekengeschäftes.

Interpellation FDP-Fraktion. Anstieg des schweizerischen Zinsniveaus. Da das schweizerische Zinsniveau sich seit dem Frühjahr 1988 auch im internationalen Vergleich in ausserordentlichem Ausmass erhöht hat, verlangt die FDP vom Bundesrat Auskunft über die Hintergründe des extremen Zinsanstiegs in der Schweiz. Sie fragt auch nach dem bundesrätlichen Konzept zur Aufrechterhaltung bzw. Wiedergewinnung der Preisstabilität und nach den konkreten Möglichkeiten, um eine möglichst langfristige und zinsgünstige Finanzierung der Hypotheken zu erreichen. □

Freisinnige Aktivitäten in den Kantonen: Seite 12

FDP-News

Liberales Manifest. Das Liberale Manifest, das an zwei Tagungen der FDP der Schweiz erarbeitet worden ist (Liberalismus-Tagung im Januar, Verabschiedung im Juni dieses Jahres), wird gegenwärtig in einer Grossauflage gedruckt. Im nächsten «Freisinn» wird es Ihnen angeboten werden können.

Manual für die Wahlen 91. Das Generalsekretariat in Bern erstellt gegenwärtig neue Manuals für die kommenden Wahlen. Darin wird das Werbematerial, das die FDP der Schweiz vorbereitet, vorgestellt (Plakate, Broschüren, Artikel usw.). Anfang November wird das Manual

an alle Ortsparteipräsidenten verschickt werden.

Schulungsfragen. Eine Arbeitsgruppe unter dem Präsidenten Rolf Leimer, Zürich, befasst sich mit den Schulungsfragen der Partei. Alle kantonalen Parteipräsidenten, Kantonalsekretäre und Schulungsverantwortlichen werden regelmässig informiert. Eine Veranstaltung zur Auflistung der Bedürfnisse hat Mitte August bereits stattgefunden.

Liberales Internationales. Der nächste Kongress der Liberalen Internationalen wird nächstes Jahr in der Schweiz stattfinden, und zwar vom 5. bis zum 8. September 1991 in Luzern. **AMK**



James Dean, Marlon Brando und – wir. Die ersten beiden haben die Jeans durch ihre Filmauftritte populär gemacht. Das war vor 35 Jahren. Bald darauf konnte die Produktion von schwerem Denim – so heisst der Fachausdruck für die Jeans-Stoffe – in grossem Umfang aufgenommen werden. Und zwar auf Projektwebmaschinen unseres Unternehmensbereichs Sulzer Rütli. Heute werden zwei Drittel der gesamten weltweiten Denim-Produktion auf solchen Maschinen gefertigt. Womit wir einen beachtlichen Teil zur immer weiter wachsenden Beliebtheit dieser Stoffe beitragen.

In irgendeiner Form können wir auch Ihnen nützlich sein – ob mit unserer Forschungstätigkeit, unseren Produkten, unseren Installationen oder unseren Arbeitsplätzen. Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, 8401 Winterthur.

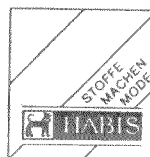
SULZER®
Wir dienen vielen. Mit vielem.

K 92

Interessante Berufslehren

Warum eine textile Ausbildung wählen?

- Berufsleute mit einer textilen Ausbildung sind gefragt.
- Die Einsatzgebiete sind interessant.
- An höheren Fachschulen bestehen verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten.



Die Firma Habis Textil AG, eine Buntweberei mit Bleicherei, Färberei, Druckerei und Hochveredlung, bietet folgende Ausbildungsmöglichkeiten:

Kaufleute
Textilrentwerfer(in)
Textilassistent(in)

Textilmechaniker
Textilveredler
Elektromonteur

Es besteht die Möglichkeit einer Schnupperlehre. Die Personalabteilung gibt interessierten Jugendlichen gerne Auskunft.

Habis Textil AG, 9230 Flawil, Telefon (071) 83 10 11.



ofa

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jenen Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere langjährige Erfahrung (unser Haus ist seit fast 300 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)



SCHULER-WEINE
ST. JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

An Ideen fehlt es nicht

Antwort des Flüchtlingsdelegierten, Peter Arbenz, auf zwei im «Freisinn» veröffentlichte Vorschläge.

Gemeinderätin Dorothé Fierz aus Egg im Kanton Zürich hat in der Juni-Nummer des «Schweizer Freisinn», unter dem Titel «Ansichten einer Praktikerin zur Asylpolitik», Vorschläge für eine neue Asylpolitik unterbreitet. Grossrat Stefan Cornaz aus Basel hat hierauf in der folgenden Ausgabe ergänzende Ideen eingereicht («Ein Modell als Vorschlag»). Beide Autoren erwecken mit ihren Beiträgen ein wenig den Eindruck, es fehle in der schweizerischen Asylpolitik an Konzepten und Lösungsvorschlägen. Ich möchte deshalb zu den beiden Artikeln kurz Stellung beziehen.

Grenzen

Frau Fierz kritisiert zunächst, dass die dritte Asylgesetzrevision lediglich die Symptome bewältige und nicht auf die Ursachenbekämpfung ausgerichtet sei. Hiezu ist anzumerken, dass das schweizerische Asylgesetz eben Grundlage der schweizerischen Asylpolitik und -praxis ist und kein Rahmengesetz für langfristige ausserpolitische Massnahmen zur Behebung der Ursachen der weltweiten Migrationen.

Als Praktikerin in der Asylpolitik dürfte sich Frau Fierz daran erinnern, dass wir vor zwei Jahren mit dem interdepartementalen Strategiebericht für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der neunziger Jahre just auf die Notwendigkeit der Ursachenbekämpfung hingewiesen und viele konkrete Vorschläge für eine kohärente internationale Flüchtlingspolitik unterbreitet haben. Bis solche Massnahmen aber greifen, werden Jahrzehnte, wenn nicht Generationen vergehen. In der Zwischenzeit muss auch die Schweiz die zunehmende Einwanderung aus aussereuropäischen Gebieten über das Asyl bewältigen. Hiefür braucht sie aber griffige Instrumente, u. a. eben ein beschleunigtes Asylverfahren.

Frau Fierz fordert sodann, dass die wirtschaftliche Anziehungskraft unseres Landes für Asylbewerber reduziert werden müsse, und schlägt faktisch Zwangsarbeit in öffentlichen Diensten vor. Damit sollen die Asylbewerber einen Beitrag an die Kosten der Fürsorge leisten.

Die Grundidee ist zweifellos richtig, aber sie lässt sich nicht auf die von Frau Fierz vorge-

Leserbrief

schlagene Art und Weise verwirklichen. Denn auf Grund der europäischen Menschenrechtskonvention ist Zwangsarbeit auch für Asylbewerber nicht gestattet. Was die Mitfinanzierung späterer Fürsorgeleistungen oder Ausreisekosten anbetrifft, so haben jedoch die eidgenössischen Räte bereits am 22. Juni 1990 mit dem Dringlichen Bundesbeschluss entsprechende Bestimmungen in Kraft gesetzt.

Herr Stefan Cornaz schlägt in seinem Modell vor, Asylbewerber zwar arbeiten zu las-

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» reagiert (s. Artikel auf dieser Seite). Ist das Beweis genug? denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben. Was sagen Sie beispielsweise zum neuen «Freisinn». Gefällt er Ihnen?

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen: in der Verwaltung, von Politikern. Von sich aus und nicht etwa auf Anregung der Redaktorin hat der Flüchtlingsdelegierte Peter Arbenz, auf zwei Beiträgen, die im «Freisinn» erschienen sind,

reagiert (s. Artikel auf dieser Seite). Ist das Beweis genug? Öfters schon hat sich via Zeitung ein freisinniger Briefwechsel über die Kantonsgrenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. – Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

sen, ihnen aber keinen Lohn auszubezahlen bzw. diesen direkt auf ein persönliches Sperrkonto zu überweisen. Im Ansatz zielt auch sein Anliegen in die richtige Richtung, aber schießt doch ein wenig über das Ziel hinaus. Denn wer erwerbstätig ist, hat auch Anspruch auf einen minimalen Barlohn, mit dem er seinen Lebensunterhalt und seine Grundbedürfnisse befriedigen kann. Ausserdem verdient ein erwerbstätiger Asylbewerber wesentlich mehr als er je an Fürsorgeleistungen ausbezahlt erhalten könnte.

Originell ist die Idee, allfällige Einzahlungen der Asylbewerber in einen Flüchtlingsfonds einzubezahlen, um daraus später Beiträge an Integrationsprojekte für Asylbewerber und Flüchtlinge zu leisten. Die

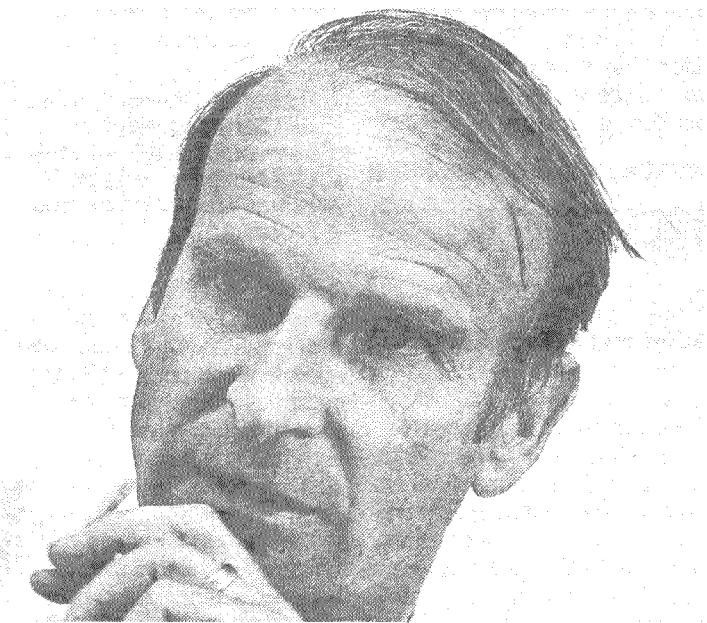
Arbeitsgruppe für eine neue Fürsorgepolitik im Flüchtlings- und Asylbereich hat sich vor einigen Monaten ebenfalls mit solchen Ideen auseinandergesetzt. Die Idee wurde aber einstweilen aus Praktikabilitätsgründen wieder fallengelassen.

Beiden Modellvorschlägen liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, dass wir in der Asylpolitik vor verschiedenen Dilemmas stehen. Einerseits sollten vorhandene Arbeitskräfte volkswirtschaftlich nützlich eingesetzt werden, und andererseits darf das Asylverfahren wirtschaftlich nicht so attraktiv gestaltet werden, dass es arbeitssuchende Ausländer zusätzlich anzieht. Die Problemlösungen müssen aber rechtsstaatlich korrekt und in der Praxis durchführbar sein.

Zielkonflikte

Mit etwas Resignation muss ich heute feststellen, dass es in der Regel nicht an Ideen fehlt, sondern eher am politischen Willen, um praktikable Vorschläge realisieren zu können. Die heutige Asylpraxis krankt nicht an klaren Konzepten, sondern an in unserem System immanenten und situationsbedingten Zielkonflikten.

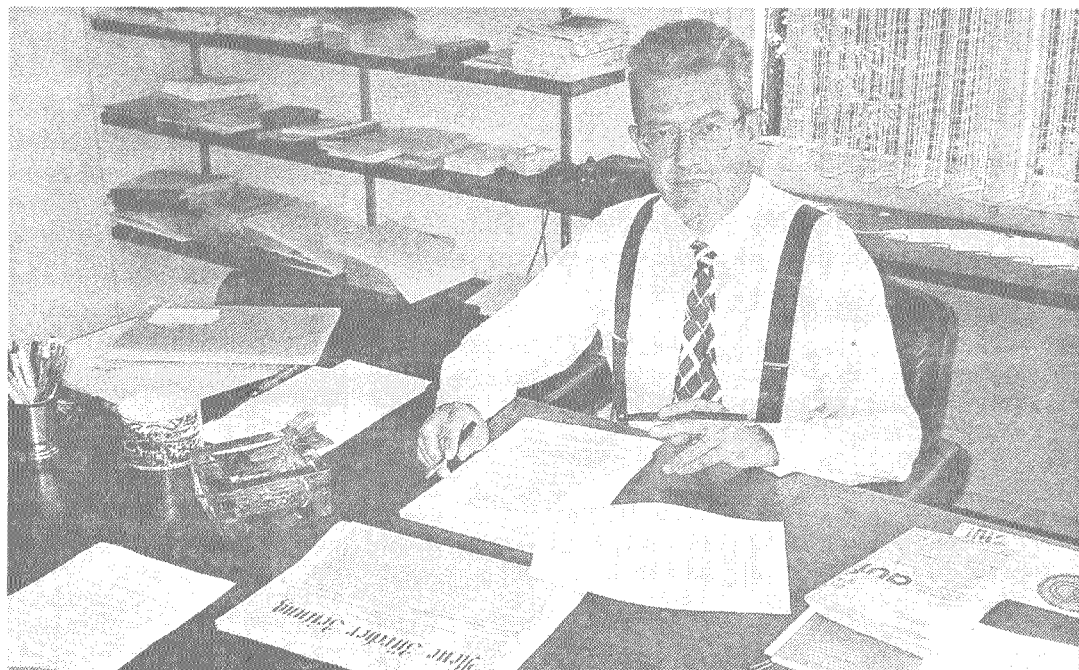
Das Kardinalproblem der schweizerischen Asylpraxis liegt aber zweifellos darin, dass man sich im Grundsätzlichen zwar einig ist, in der praktischen Anwendung aber für jeden bekannten Einzelfall eine Ausnahmeregelung beansprucht. Damit werden klare Konzepte oft unterlaufen. Solche Interventionen erhalten wir im übrigen dauernd von den verschiedensten Gruppierungen. □



Peter Arbenz: «Mit etwas Resignation muss ich heute feststellen, dass es in der Regel in der Asylpolitik nicht an Ideen fehlt, sondern eher am politischen Willen, um praktikable Vorschläge realisieren zu können.»

(Photo ruti)

Er ist eben sechzig Jahre alt geworden, ist FDP-Kantonalpräsident und seit 25 Jahren, seit der Gründung, Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften (VLB). Lange bevor es aktuell war, hat er sich mit den Problemen auf dem Bodenmarkt tatkräftig beschäftigt. Wir stellen hier Dr. Alexander Wili aus Kriens vor. Er versteht sich natürlich als Liberaler, und er sagt, was er über Liberalismus und Freisinn und die Bedeutung von Opposition denkt.



Dr. Alexander Wili: «Der Liberale unterstützt den demokratischen Rechtsstaat, hat eine tolerante Haltung gegenüber Minderheiten und eine loyale Haltung gegenüber den gewählten Organen, ob er sich nun in der Mehrheit oder in der Minderheit befindet. Das ist wohl das entscheidende und staaterhaltende Merkmal des schweizerischen Liberalismus und auch ein Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Parteien.»
(Photo Hans Peter Jäger)

Über Liberalismus, Opposition und den Sonderfall Schweiz

Interview:
Hans Peter Jäger

Freisinn und Opposition? Das sind nicht unbedingt Gegensätze, sondern zunächst lediglich Formen der politischen Teilnahme am öffentlichen Leben und eine Frage der Mehrheit und der Minderheit in Gemeinde, Kanton und Bund. Die freisinnigen Parteien sind beides, sowohl Mehrheits- wie Minderheitspartei. Wie findet sich die Partei in ein und demselben Kanton mit beiden Rollen zurecht? Der Präsident einer solchen Partei ist Rechtsanwalt Dr. Alexander Wili, Kriens. Weil sich aber im Kanton Luzern die Freisinnigen seit je als Liberale bezeichnen, beginnt das Gespräch wohl am besten mit der Klärung der Begriffe? Besteht hier ein historisch begründeter oder gar ein grundsätzlicher Unterschied?

Dr. Alexander Wili: «In der Innerschweiz hat der Liberalismus seine ursprüngliche, umfassende Bedeutung weitgehend behalten. Historisch gesehen, ist die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz ein wesentlicher Teil der liberalen Bewegung des letzten Jahrhunderts. Die Luzerner Liberalen umfassen aber auch

jene Kräfte, die in andern Kantonen als Demokraten, als Unabhängige oder als Mitglieder der Schweizerischen Volkspartei (früher BGB) auftreten. In diesem Sinne ist der Inner-schweizer Liberalismus umfassender als der Freisinn in gewissen Kantonen.»

Das sind Unterschiede in der Struktur. Gibt es aber nicht auch inhaltliche Unterschiede zwischen Liberalismus und Freisinn?

Zur Person

Dr. Alexander Wili

Beruf und Wohnort: Rechtsanwalt in Kriens.

Alter: 60

Politischer Werdegang: Kriminalrichter 1960 bis 1978, Parteipräsident Kriens 1960 bis 1963, ebenfalls Amtsparteipräsident, Einwohnerratspräsident 1963/64, Schulpflegepräsident, seit 1989 kantonaler Parteipräsident.

Seit 1965 Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften (siehe S. 11), die er mitinitiiert hat. □

Dr. Alexander Wili: «Inhaltlich sehe ich keine wesentlichen Unterschiede. Das neue (Liberaler Manifest) der FDP Schweiz entspricht durchaus der Haltung der Liberalen Partei Luzern (LPL). Naturgemäß ergibt sich aus der Zusammensetzung des Luzerner Volkes, dass die Luzerner Liberalen mehrheitlich katholisch sind. Auch haben wir einen höheren Anteil von Arbeitern in unsern Reihen als im schweizerischen Durchschnitt. Dasselbe gilt für die Bauern. Wir sind eine echte Volkspartei geblieben.»

Wie aber versteht und interpretiert die LPL die Aufgabe und Rolle der Opposition. Was bedeutet Opposition im politischen Programm der LPL? Opposition kann ja auch Konfrontation um jeden Preis, Gegenkurs und gar Obstruktion bedeuten.

Dr. Alexander Wili: «Opposition heisst für die Liberalen nie Obstruktion, ja Opposition bedeutet eigentlich nur im liberalen Umfeld. Der Liberalismus ist aus Opposition zu konservativen und diktatorischen Regimes stark geworden und ist im Grunde das einzige politische System, das wiederum eine Opposition gegen die eigene Macht ohne weiteres zulässt.»

Opposition will auf jeden Fall Veränderung. Aber was heisst Veränderung? Geht es hier um Grundsätzliches oder nur um Kurskorrekturen?

Dr. Alexander Wili: «Der Liberalismus verlangt grundsätzlich

Veränderungen dann, wenn die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung in Frage steht. Wenn dies nicht der Fall ist, gehört es zum Wesen des Liberalismus, dass er für Neuerungen im Sinne von Kurskorrekturen offen ist und dafür sorgt, dass auch neue Ideen vertreten und im Falle der Zustimmung der Mehrheit auch durchgesetzt werden.»

Die Rolle der Opposition fällt ja nicht allein den Liberalen zu, die sich auch in der Opposition an der Rechtsstaatlichkeit orientieren, sondern auch Parteien, die mit radikaler Unbedenklichkeit alles in Frage stellen, auch die Rechtsstaatlichkeit.

Dr. Alexander Wili: «Nach dem liberalen Staatsverständnis ist die Freiheit von Neuerungen nur im Rahmen der Rechtsordnung und auch unter Wahrung einer gewissen Loyalität gegenüber den gewählten Organen denkbar. Jedes Volk verdient die Regierung, die es gewählt hat, und wenn schon eine Regierung sich auf eine Volkswahl stützen kann, gehört es sich nicht, darin Einsitz zu nehmen und sie gleichzeitig immer anzugreifen. Die Opposition hat sich auf diejenigen Punkte zu beschränken, die nach Auffassung der Liberalen erneuerungsbedürftig sind.»

Ist Opposition im Staate grundsätzlich erwünscht, oder soll man sie sogar fordern und fördern und nicht bloss dulden und in Kauf nehmen?

Dr. Alexander Wili: «Opposition ist in einer Demokratie notwendig. Auch wenn nicht alle Vorschläge der Opposition durchgesetzt werden können, ergeben sich doch immer wieder Verbesserungen aus den entsprechenden Vorstössen. Eine Demokratie ohne Opposition ist an sich undenkbar. Eine echte Demokratie verlangt auch ein Mehrparteiensystem, und wenn mehrere Parteien möglich sind, entsteht naturgemäss immer wieder eine Opposition.»

Das heisst aber nicht, dass wir auch in der Schweiz nach dem Mu-

ster ausländischer Staaten verfahren und reine Mehrheitsregierungen ohne Oppositionsbeteiligung bilden sollten? Also keine Opposition ausserhalb der Regierung, sondern eine integrierte Opposition mit allen Vor- und auch Nachteilen?

Dr. Alexander Wili: «Die Schweiz gilt häufig als Sonderfall. Der Sonderfall Schweiz besteht darin, dass jede Regierung und fast jede Gemeindebehörde auch Vertreter der sogenannten Opposition in ihren Reihen hat. Wenn nun eine Partei bei den Wahlen verliert und die andere gewinnt, so entsteht daraus kein abrupter Wechsel, sondern nur eine Verschiebung innerhalb der «Regierungsparteien». Darum scheint unser System so konstant, obwohl bei uns die Mandatsverschiebungen vielfach grösser sind als im Ausland. Beim ausländischen System ist ein Machtwechsel stets mit dem Verlust wertvoller Persönlichkeiten und von viel Erfahrung verbunden, weil ganze Stäbe ausgewechselt werden. Demgegenüber ist unser System vorzuziehen.»

Ein Ja zur Opposition also. Aber setzt die Staatsraison nicht voraus, dass wir eine Opposition nur dann bejahen, wenn sie gleichzeitig auch Konsensbereitschaft erkennen lässt?

Dr. Alexander Wili: «Ich würde diese Frage nicht unbedingt bejahen. Am Anfang einer neuen oppositionellen Bewegung muss nicht eine Konsensbereitschaft vorliegen. Auch wenn sich eine Gruppierung nur für eine bestimmte Frage zusammenfindet – z. B. um eine Vorlage zu bekämpfen – und sich nachher wieder auflöst, braucht es keine Konsensbereitschaft für weitere Aktionen. Wenn aber eine Oppositionsgruppe sich den Wahlen stellt und nachher Organverantwortung übernimmt, darf man im demokratischen Rechtsstaat Konsensbereitschaft voraussetzen. Das ist ja eigentlich auch der Sinn der Vereidigung und des Amtsgelübdes.»

Fortsetzung auf Seite 12

Hilfe zur Selbsthilfe

«Hilfe zur Selbsthilfe» heisst das Motto des Verbands liberaler Baugenossenschaften (VLB). Der VLB wurde 1965 zwecks Förderung des gemeinnützigen, preisgünstigen Wohnungsbaus von damals bereits bestehenden liberalen Baugenossenschaften des Kantons Luzern gegründet. Im Laufe der Zeit erkannten mehr und mehr Baugenossenschaften, dass gemeinsame Kräfte schneller zum Ziel führen, und haben sich dem Verband angeschlossen.

Heute sind im VLB sowohl traditionelle Mietergenossenschaften als auch Genossenschaften zur Förderung des Wohneigentums vereinigt. Gegenwärtig erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet des VLB über zwölf Kantone mit über 150 Mitgliedergenossenschaften, die über 6000 Wohnungen verfügen und rund 10 000 Mitglieder ausweisen. Mit anderen Worten, der VLB hat sich in diesen Jahren zu einem grossen, gesamtschweizerisch bedeutsamen Dachverband entwickelt.

Der Vorstand des VLB setzt sich aus sechs bis zwölf Mitgliedern zusammen, wovon eines durch das Bundesamt für Wohnungswesen bestimmt wird. Die anderen werden durch die Delegiertenversammlung je auf zwei Jahre gewählt. Ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit, ihrem persönlichen Einsatz und ihrem Idealismus ist es zu verdanken, dass alle Verbandsaufgaben sowohl kostengünstig als auch fristgerecht erfüllt werden können.

Seit 1989 verfügt der VLB über ein eigenes Sekretariat an der *Grossfeldstrasse 3, 6010 Kriens, Telefon (041) 41 00 50*. Die Verbandssekretärin, Beatrice Brändle, ist gerne bereit, Anfragen zu beantworten oder sie an die richtige Adresse weiterzuleiten. Fragen betreffend die Gründung neuer Genossenschaften beantwortet der Präsident, Dr. Alexander Wili, (041) 41 39 95, persönlich.

Um den Mitgliedern noch mehr Unterstützung bieten zu können, hat der VLB im Laufe der Jahre folgende Tochterorganisationen gegründet, die wesentliche Teilbereiche des Verbandsgeschehens selbständig bearbeiten:



● Stiftung Fonds de Roulement VLB

Aus dem Fonds de Roulement VLB werden gemeinnützigen Bauträgern Darlehen gewährt, um neue Bauvorhaben oder den Erwerb von Landreserven, Erschliessungen oder Renovationen finanzieren zu helfen. Der Fonds de Roulement wird nach WEG durch Darlehen des Bundes gespeist, die nur teilweise verzinst werden müssen.

● Verlagsgenossenschaft Freies Wohnen

Die Verbandszeitung «Freies Wohnen» gibt regelmässig Auskunft über aktuelle Vorstösse, über die Situation auf dem Wohnungsmarkt sowie über das Geschehen in den einzelnen Genossenschaften.

● Hypothekarbürgschaftsgenossenschaft VLB

Bei Finanzierungsschwierigkeiten oder zur Verbilligung von Nachgangshypotheken hilft die Hypothekarbürgschaftsgenossenschaft VLB den gemeinnützigen Bauträgern mittels Bürgschaften.

● Depositenkasse VLB

Die Depositenkasse VLB soll Mitgliedern oder Mietern die Möglichkeit geben, ihre Gelder zu vorteilhaften Konditionen anzulegen. Dieses der Depositenkasse geliehene Kapital wird Mitgliedergenossenschaften zu einem vorteilhaften Zins für die Finanzierung von Wohnbauten zur Verfügung gestellt. □

Fortsetzung von Seite 11

Darf oder muss die Opposition sogar bis zur Obstruktion gehen, z. B. gegenüber einer Regierungsmehrheit, deren Politik nicht mehr mitgetragen werden kann?

Dr. Alexander Wili: «Eine reine Obstruktionspolitik kann ich mir als Liberaler nicht vorstellen, jedenfalls nicht gegenüber einer demokratisch gewählten Regierung.»

Worin zeichnet sich in der praktischen Politik eine Politik der Opposition aus?

Dr. Alexander Wili: «Im allgemeinen kann man sagen, dass die Liberalen dort, wo sie in der Mehrheit sind, den Minderheiten viel mehr Einfluss in der Verwaltung und bei der Besetzung politischer Ämter eingeräumt haben, als ihnen dort zugestanden ist, wo sie die Minderheit bilden.»

In der politischen Landschaft hat sich einiges verändert. Die rot-grüne Opposition hat den Bürgerblock geeint, der ehemals eher zerstritten war. Hat das fundamentale Unterschiede, die immer noch bestehen, nur verwischt, oder hat dies dazu verholfen, Gegensätze zu überbrücken und, statt Unterschiede zu betonen, Gemeinsamkeiten herzustellen?

Dr. Alexander Wili: «Die sogenannte rot-grüne Koalition hat automatisch dazu geführt, dass die beiden bürgerlichen Parteien unangemessene Angriffe gemeinsam abgelehnt haben. Daraus wird aber der Bürgerblock nicht stärker, son-

dern schwächer. Es wäre manchmal zweckmässiger, die bürgerlichen Parteien würden sich stärker voneinander unterscheiden. Es gehört zur liberalen Offenheit, dass sie gerade aus der Oppositionsstellung heraus gute Anträge anderer Oppositioneller, insbesondere der Grünen, nicht einfach ablehnen, sondern von Fall zu Fall auch unterstützen. Manchmal aber habe ich den Eindruck, dass anstelle der Idee auch die Person abgelehnt wird.»

Die Rolle der Opposition in der Zukunft? Die Schweiz wird ohne Zweifel in eine gewisse Oppositionsstellung innerhalb der EG gerückt werden. Es wäre eine Opposition der Bewahrung eigener Rechte und Selbständigkeiten. Und damit wäre die Opposition nicht einfach ein politischer Störfaktor, sondern auch eine moralische Kraft – dies ganz allgemein gesehen.

Dr. Alexander Wili: «Dem stimme ich zu. Wir werden allerdings erst nach Abschluss der Vertragsverhandlungen über den europäischen Wirtschaftsraum wissen, was zu empfehlen sein wird, Opposition oder Kooperation. Ich befürworte eine Vertragslösung mit Kündigungsrecht, wie das seinerzeit Bundesrat Brugger im Assoziationsvertrag mit der EG zustande gebracht hat. Eine dauernde Preisgabe unserer Souveränität könnte ich nicht befürworten.»

Umschreiben wir zusammenfassend noch einmal unsere grundsätzliche Haltung in der Opposition und gegenüber der Opposition.

Dr. Alexander Wili: «Der Liberale unterstützt den demokratischen Rechtsstaat, hat eine tolerante Haltung gegenüber Minderheiten und eine loyale Haltung gegenüber den gewählten Organen, ob er sich nun in der Mehrheit oder in der Minderheit befindet. Das ist wohl das entscheidende und staatsrechtlich Merkmal des schweizerischen Liberalismus und auch ein Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Parteien.»

Freisinnige Aktivitäten in den Kantonen

Nicht nur auf nationaler Ebene hat die FDP in der Bodenpolitik viel geleistet. Aus den Kantonen wurden uns folgende Aktivitäten gemeldet.

AG

- Aktive freiheitliche Bodenpolitik in den Gemeinden (Rundschreiben an alle 232 aargauischen Gemeinden im Januar 1990).
- Freisinnige Forderungen zur kantonalen Bodenpolitik vom 4. 7. 90 (Thesenpapier und Postulate).
- Drei Vorstösse im grossen Rat.
- Medienkonferenz vom 20. August 1990 zum 20-Punkte-Programm Bodenrecht und zur kantonalen Baugesetzrevision.

FR

- Arbeitsgruppe der FDP des Kantons Freiburg hat zum Thema Bodenpolitik ein eigenständiges Thesenpapier mit Massnahmen und Empfehlungen verfasst.

GE

- Spezielles Modell von Genfer Mietzinszuschüssen.
- Plan über die Benutzung des Bodens (plan d'utilisation du sol). Starkes Engagement in diesem Bereich in der Stadt Genf durch die Freisinnigen.
- Freisinnige Vorstösse (vor allem für das Wohnen der Jungen).

GR

- Motion betreffend fiskalische Belastung von unüberbautem, erschlossenem Bauland im Grossen Rat.

LU

- Kantonale Wohnbauinitiative lanciert: Gesetzesinitiative für ausserordentliche Massnahmen bei Wohnungsnot und Mangel an preisgünstigen Wohnungen. Beschlossen an der Delegiertenversammlung vom 22. Mai 1990.
- Parlamentarische Vorstösse im Grossen Rat (mehr landwirtschaftlichen Wohnungsbau, Einführung einer Baurekurskommission, Baubeschwerden betreffend Baulandverknappung und die Wohnungsnot, betreffend Grundstückgewinnsteuer).

SZ

- Arbeitspapier «Bodenrecht, Postulate zur Verwirklichung im Kanton Schwyz» vom 4. Januar 1990.
- Rigi-Seminar der LVP-Fraktion.
- Referate Kantonalpräsident.

Fortsetzung auf Seite 14

Der Initiativtext der Luzerner

Der Grosse Rat des Kantons Luzern soll die Befugnis erhalten, in Zeiten der Wohnungsnot oder bei Mangel an preisgünstigen Wohnungen durch Dekret besondere Massnahmen zur Verbesserung des Wohnungsangebotes, insbesondere des gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbaus, zu beschliessen; wie beispielsweise

Zweckbindung des kantonalen Anteils der Grundstückgewinnsteuer für die zusätzliche Förderung des gemeinnützigen und sozialen Woh-

nungsbaus und ähnliche Massnahmen.

Gewährung zinsloser oder zinsgünstiger Darlehen an gemeinnützige Bauträger für Bauländerschliessungen, Landkäufe und Erstellung neuer Wohnbauten.

Lockerung der Beschränkungen für Um- und Ausbauten bestehender Gebäude sowie Ersatzbauten, insbesondere in der Landwirtschaftszone.

Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Wohnbauten bei kantonalen Amtsstellen und Gemeindeverwaltungen (Koordination durch Sonderbeauftragte).

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure



Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Frauenpolitik wohin?

Im kommenden Jahr wird die Eidgenossenschaft 700 Jahre alt. 1991 werden aber auch weitere Jubiläen gefeiert werden können, nämlich zwanzig Jahre Frauenstimmrecht und zehn Jahre Aufnahme des Gleichberechtigungsartikels in die Bundesverfassung; Ereignisse also, die einen starken Auftritt der Frauen erfordern und ihnen die Möglichkeit bieten würden, ihre Politik neu zu definieren.

Alice Moneda*

Dabei wäre zuerst zu fragen, ob die Zeit für eine profilierte Frauenpolitik nicht vorüber ist, die Integration stattgefunden hat? Wer hinter die Kulissen blickt, kann dies im Ernst wohl nicht glauben. Denn noch immer müssen trotz aller Fortschritte viele Realitäten nachdenklich stimmen.

Wer ist zuständig?

Was also ist zu tun? Zuerst wäre wohl zu fragen, wer überhaupt für die Frauenpolitik zuständig ist. Sind es die Frauenorganisationen? Sollen eher die Parteien die Weichen stellen? In welchem Ausmass sind die Gewerkschaften und Berufsorganisationen zuständig? Und hat Frauenpolitik Sache der Frauen selbst zu sein oder ist sie bei allen politischen Fragen automatisch einzubeziehen, womit sie auch zur Aufgabe der Männer würde?

Auf der Suche nach Antworten wären die erwähnten Kreise näher zu betrachten. Da sind einmal die *Frauenverbände*. Es ist nicht zu leugnen, dass sich diese in einer kritischen Lage befinden. Leider haben es die führenden Organisationen nach dem Erreichen

der grossen Ziele – Frauenstimmrecht, Verfassungsartikel über die gleichen Recht von Mann und Frau und neues Eherecht –, nicht verstanden, ihre Politik neu und klar zu definieren und ihre Aufgaben abzugrenzen.

Hätte die neue Frauenbewegung, die 1968 aus der Studentenbewegung hervorging und damals die grosse Hoffnung der jungen Frauen war, zu einer Alternative werden können? Neue Ideen und ein anderer Stil gaben zwar viele Impulse. Durch ihre Radikalität und die Atomisierung in Gruppen und Grüppchen haben sich aber die Organisationen der jungen Frauen zum Teil selbst den Boden unter den Füssen entzogen, haben sich in endlosen Diskussionen zermürbt, haben auch wegen ihres erfolglosen Anrennens an verhärtete Strukturen resigniert. So ist nicht verwunderlich, dass auch da der Elan erloschen ist.

Ist die Bilanz über die heutige Bedeutung der Frauenorganisationen auf nationaler Ebene also eher negativ, können andererseits an der Basis erfreuliche Aktivitäten festgestellt werden. Unzählige lokale und regionale oder fachspezifische Frauengruppen und -grüppchen arbeiten in ihren beschränkten Bereichen für die

Förderung der Frau. Da sie heute über eine bessere politische Ausbildung verfügen als früher, sind sie in die Öffentlichkeitsarbeit integriert und haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Zwei wichtige Voraussetzungen fehlen dabei jedoch sehr oft: das Wissen um die Entwicklungen, die vorhandenen Grundlagen und politischen Möglichkeiten sowie die Einbindung in grössere Zusammenhänge.

Hier wäre die Frage zu stellen, wer sonst berufen sein könnte, die Führung in der Frauenpolitik zu übernehmen. Die *Parteien* wären wohl in erster Linie dafür zuständig. Sie haben zwar seit den entscheidenden Abstimmungen ihre Aktivitäten verstärkt. Doch Programme und Realitäten klaffen trotz steigendem Frauenanteil noch weitgehend auseinander.

Über etwas mehr Autonomie verfügen die in verschiedenen Parteien bestehenden weitgehend unabhängigen politischen Frauengruppen. Sie befassen sich jedoch mehr mit der Ausbildung des Nachwuchses, der Wahlunterstützung für die Politikerinnen, und sie verstehen sich als deren Hausmächte. Für Grundsatz- und Zukunftsarbeit ist dabei kaum Platz. Und auch sie sind letztlich gezwungen, auf ihre Parteilinie Rücksicht zu nehmen, weil sie ja für ihre Kandidatinnen den Boden vorbereiten müssen.

Wie sieht es bei den Arbeitnehmerorganisationen aus? Auch hier ein wenig erfreuliches Bild, obwohl die Förderung der Frauen und deren Einbezug in alle Bereiche einen wichtigen Punkt ihrer Programme darstellt. Sie haben zwar Frauenkommissionen, Frauenstellen und Frauenvertretungen in ihren Gremien; auch gibt es vereinzelt Frauen unter den Spitzenfunktionären. Trotzdem bleibt manches Lippenbe-



Alice Moneda

kenntnis, die Exponentinnen der Frauenpolitik führen ein Randdasein oder müssen diese neben vielen anderen Aufgaben erledigen.

Fazit

Wer also soll den zur Bewältigung der vielen Probleme nötigen Einsatz leisten? Wohl in erster Linie die Frauen selbst. Nur durch einen starken Zusammenschluss der Kräfte über die Abgrenzungen von Organisationen und Parteien hinweg werden die Impulse gegeben, die Grundlagen erarbeitet, die Wege aufgezeigt und der politische Druck ausgeübt werden können. Dringend nötig sind auch Vordenkerinnen, die neue Ideen bringen, Visionen formulieren, die spüren, wenn es im Gebäck knistert, die weniger auf die arrivierten Repräsentantinnen schielen und mehr auf die unterprivilegierten, stillen Frauen blicken.

Der Weg zur völligen Gleichstellung und damit der Berücksichtigung der Frauensicht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – der Traum viele Frauen – ist noch lang. Darüber darf auch die steigende Zahl von Politikerinnen in Parlamenten und Exekutiven nicht hinwegtäuschen, denn viele unter ihnen sind von der Parteipolitik geprägt und wissen wenig über die frauenpolitischen Zusammenhänge. Diesen Weg ist man in letzter Zeit zu gemächlich gegangen. Es wäre Zeit, eine schnellere Gangart anzuschlagen, bevor die für die Frauen vorteilhafte wirtschaftliche Wetterlage sich verschlechtert. □

* Ehemalige Leiterin des Ressorts Frauen beim Schweizerischen Kaufmännischen Verband (SKV), Mitglied verschiedener Ausschüsse der FDP der Schweiz, Mitglied der Kommission «Politische Ausbildung» beim Schweizerischen Verband freisinniger Frauen (SVFF).



FDP-Nationalrätin Lili Nabholz (ZH) im Gespräch mit Ratskollegen: Hat die politische Integration stattgefunden? (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 12

- Broschüre «Aufruf zu einer aktiven und freiheitlichen Bodenpolitik in den Gemeinden», mit Pressekonferenz und Radiointerview. Diese Broschüre wurde an alle Gemeinderäte des Kantons und an alle LVP-Chargierten verteilt.
- Motion und Postulat der LVP-Fraktion betreffend Raumordnungsvorschriften und Planungs- und Baugesetz.
- Haupttraktandum an zwei Sitzungen des Parteivorstandes LVP Kanton Schwyz.
- Gründung von Liberalen Baugenossenschaften in Zusammenarbeit mit dem VLB.

SO

- FDP-Spezialkommission «Arbeitsgruppe Boden» mit der Aufgabe, griffige Massnahmen auf kantonaler Ebene zu formulieren.
- FDP-Fraktionspostulat zur Steuerung der Bodenpolitik.
- Zwei Vernehmlassungsantworten zu kantonalen Gesetzesvorlagen durch die Arbeitsgruppe Boden, zum Gesetz über den Ausgleich planungsbedingter Vor- und Nachteile sowie über die Teilrevision des Baugesetzes. Diese Teilrevision wurde durch eine Motion der FDP initiiert.
- FDP-Fraktions-Postulat zur Eigentumsförderung.

SG

- Sechs Vorstösse der FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt St. Gallen.
- Leitlinie einer liberalen städtischen Bodenpolitik der FDP der Stadt St. Gallen (Thesenpapier).

FDP-Tagung

Öffentliches Personal

Dienstag, den 30. Oktober 1990, 16.30 bis zirka 21.00 Uhr in Bern, Kongresszentrum ALFA

Programm

- 16.30 Uhr Begrüssung durch *Nationalrat Franz Steinegger*, Präsident der FDP der Schweiz
«Welche Personalpolitik braucht ein effizienter Staat?»
 Vortrag von *Prof. Dr. Manfred Timmermann*, Hochschule St. Gallen
- 17.30 Uhr **Diskussion in Arbeitsgruppen** (inkl. Lunch) zu den Themen
 - Arbeitsplatzbewertung/Besoldung/Teuerungsausgleich
 - Stellenplafonierung/Flexibilisierung
 - Aus- und Weiterbildung/Kader-Planung
 - Führung in der öffentlichen Verwaltung
 - Verhältnis FDP - öffentliches Personal
- 19.00 Uhr Präsentation und Diskussion der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppen
- 20.00 Uhr Orientierung über die **Gründung der «FDP-Beamtenvereinigung»**
- 20.15 Uhr Ansprache von *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz*, Vorsteher des EVD
- ca. 21. Uhr Schlussvotum von *Nationalrat Franz Steinegger*

Eingeladen sind Beamtinnen/Beamte und Angestellte aller öffentlichen Dienste in der ganzen Schweiz.

- Diverse neue Projekte der Freisinnigen Wohnbaugenossenschaft St. Gallen.

TI

- Arbeitsgruppe der FDP des Kantons Tessin zum Bodenrecht und zur Raumplanung: Ausarbeitung eines Thesenspapiers mit eigenen Massnahmen und Empfehlungen.
- Botschaft über das neue kantonale Baugesetz, worin der Bericht der Arbeitsgruppe stark Einfluss gefunden hat.

ZH

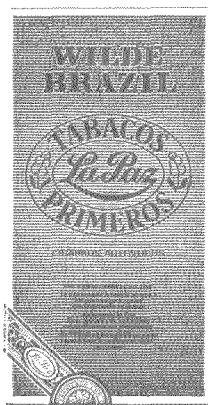
- Positionspapier der Freisinnig-Demokratischen Partei der Stadt Zürich «Unsere Vorstellungen zum Wohnen und zur Stadtentwicklung», in Broschürenform.
- Vorstösse im Stadtrat.

BL

- Versand des Thesenspapiers «Lebensgrundlage Boden» sowie der Checklist der FDP der Schweiz an die lokalen Sektionen. Positives Echo.
- Übernahme des Thesenspapiers und der Checklist in die Akzente 91-95 der FDP Baselland und in das Schwerpunktprogramm 90/91 der FDP-Landratsfraktion.
- Verschiedene Wohneigentumsförderungsmassnahmen (z. B. Förderung des Genossenschaftlichen Wohnungsbaus, Reduktion des Handänderungssteuersatzes, fünfzigprozentige Reduktion des Eigenmietwertes für selbstgenutztes Wohneigentum während sechs Jahren, Befreiung von der Handänderungssteuer bei Erwerb einer Liegenschaft

- zur erstmaligen Beschaffung selbstgenutzten Wohneigentums, Begünstigung des Bauparens, Aufschub der Grundstückgewinnsteuer für Ersatzbeschaffung bei selbstgenutztem Wohneigentum, Entlastung bei der Grundstückgewinnsteuer bei Veräusserung von Altbesitz). Diese wurden vor allem im neuen Steuer- und Finanzgesetz eingebracht.
- FDP-Fraktions-Anliegen im Landrat im neuen Regionalplan «Siedlung» eingebracht.
- Verschiedene FDP-Fraktions-Vorstösse im Landrat, vor allem betreffend Baugesetzesrevision.
- Verschiedene FDP-Thesen wurden auf Gemeindeebene in konkrete Massnahmen umgewandelt (Beispiel Gemeinde Seltisberg). □

Das Feuerbüschel von La Paz.



Die Geschmacksharmonie mit dem leicht süsslichen Aroma der tropisch warmen Natur. Aus wertvollen Brasil-Tabaken und einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Ohne Retusche. Das ist die authentische Wilde Brazil von La Paz. Mit dem feurigen Charakter. So, wie Brasil-Cigarren sein sollen.

Weil in Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Geschmacks entwickelt, ist sie trotzdem erstaunlich mild im Rauch.

Eben Wilde Brazil aus echtem Brasil. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarras Anónimos

Senkung des Mündigkeitsalters: ein altes Anliegen der Jungliberalen

Nachdem die eidgenössischen Räte die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre beschlossen haben, wird dieses Geschäft nächstes Jahr dem Volk vorgelegt. Die Jungliberalen sind erfreut über diesen Schritt, ermöglicht er doch für einen wichtigen Teil der Jugend die Mitsprache in unserem Staat.

Christian Bolliger

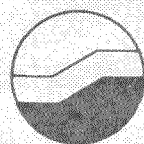
Aber nicht nur die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters, sondern auch die Senkung des zivilrechtlichen Mündigkeitsalters steht zur Debatte. Damit soll den Jugendlichen das Recht zur Selbstbestimmung früher eingeräumt werden.

Vor über hundert Jahren

Das heute in der Schweiz geltende Mündigkeitsalter von zwanzig Jahren wurde vor über hundert Jahren für die ganze Eidgenossenschaft einheitlich festgeschrieben (1881 im Bundesgesetz über die per-

sönliche Handelsfähigkeit). Die Anforderungen, die an einen jungen Menschen gestellt werden, haben sich in den letzten hundert Jahren stark gewandelt. Die körperliche Reife erfolgt früher, das durchschnittliche Bildungsniveau ist enorm angestiegen.

Vor allem aber hat sich die Stellung des jungen Menschen in der Familie und im Beruf grundlegend geändert. Es wird heute von einer jungen Frau nicht mehr erwartet, dass sie im Elternhaus arbeitet, bis sie verheiratet ist. In vielen Familien werden die Kinder auch schon sehr früh in den Entscheidungsprozess eingebunden und lernen Verantwortung zu tragen. Im Berufsleben ha-



Jungliberale Bewegung der Schweiz
Jeunesse Radicale Suisse
Gioventù Liberale-Radicale Svizzera
Gioventetgna Liberala Svizra

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) ist die nationale Dachorganisation der Jungliberalen und Jungfreisinnigen Parteien und Gruppierungen. Mit 6000 Mitgliedern ist die 1928 gegründete JBS mit Abstand die grösste Jungpartei der Schweiz. Als selbständige Organisation steht sie der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) nahe und arbeitet mit dieser zusammen.

Präsidentin der JBS ist zurzeit die Tessinerin Marina Masoni.

Der nächste Anlass der JBS ist der ordentliche Kongress vom 3./4. November in Basel, der unter dem Zeichen der Drogenpolitik steht.

Interessenten informieren sich am besten bei der zuständigen Kantonalsektion oder bei der JBS, Postfach, 3001 Bern. □

ben heute bereits die Lehrlinge die Verantwortung für ihre Arbeit übernommen.

Mit der Möglichkeit, einen Führerschein zu erwerben, wird dem 18 Jahre alten Jugendlichen zugetraut, eine sehr grosse Verantwortung zu tragen. Nur für sich selbst darf

er – nach Gesetz – noch nicht voll entscheiden.

Auch im Rahmen der europäischen Integration ist die Anpassung an die Empfehlungen des Europarates, das Mündigkeitsalter auf 18 Jahre anzusetzen, wünschenswert, haben doch die meisten europäischen Staaten diesen Schritt bereits vollzogen.

Ein Prüfstein

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) setzt sich deshalb seit Jahren für die Senkung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre ein. Damit soll den jungen Erwachsenen so früh wie möglich die Verantwortung für sich selbst übertragen werden.

Die heutige Jugend ist durchaus fähig, diese Verantwortung wahrzunehmen. Die Herabsetzung des Mündigkeitsalters gerät somit zum Prüfstein einer glaubwürdigen Jugendpolitik, die den jungen Menschen ernst nimmt. Mehr Freiheit und Selbstverantwortung für die Jugend soll hier der Leitspruch sein.

Vizepräsident der
Jungliberalen Bewegung
der Schweiz (JBS)



Wann ist der Mensch mündig? Für die Schweiz gilt seit über 100 Jahren die Altersgrenze von 20 Jahren. Nächstes Jahr könnten es 18 Jahre sein.

Veranstaltung

Studientagung der FDP der Schweiz

Gentechnologie

Samstag, den 10. November 1990, in Bern,
Hotel Bellevue, 10.00 Uhr
(Ende der Tagung ca. 15.30 Uhr)

Begrüssung durch den Leiter der Tagung:
Ständerat Robert Ducret, Carouge (GE)

- Was ist, was kann Gentechnologie?
PD Dr. Stéphanie Mörkofer-Zwez, Kaiseraugst
- Gentechnologie in der pharmazeutischen und industriellen Produktion
Prof. Dr. J. Nüesch, Basel
- Les possibilités offertes par la génétique dans l'agriculture moderne
Prof. Pia Malnoë, Station fédérale de recherches agronomiques de Changins
- Gentechnologie in der Medizin: Hoffnung und Gefahren des Missbrauchs
PD Dr. Hansjörg Müller, Basel
- Gentechnologie und Persönlichkeitsschutz
Wer darf meine Gene kennen?
PD Dr. Rainer Schweizer, Bern
- Ethische Grundfragen an die Gentechnologie
PD Dr. H. P. Schreiber, Basel
- Gesetzgebung zur Gentechnologie:
Der aktuelle Stand der parlamentarischen Beratungen
Ständerat Arthur Hänsenberger, Oberdiessbach

Mittagessen: 12.00-13.30 Uhr
Nachmittag: ca. 13.30-15.30 Uhr

Podiumsdiskussion mit Einbezug des Publikums
Diskussionsteilnehmer(innen):
Nationalrat Walter Zwingli, Rheineck (SG); Hans Müller, J. Nüesch, Dr. H. P. Wessels (Mitglied der SP-Arbeitsgruppe Gentechnologie)

Diskussionsbasis:
12 freisinnige Thesen zur Gentechnologie

Diskussionsziel:
Verabschiedung der 12 Thesen als Empfehlung zuhanden der Parteiprogramm-Kommission

Dokumentation:
Alle für die Studientagung angemeldeten Teilnehmer(innen) erhalten die «Politische Rundschau» zum Thema Gentechnologie im voraus.

✂

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der Studientagung vom 10. November 1990 teil.

Name: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

FDP-Leute

Roy Oppenheim, Dr. phil., bisher Stabschef bei der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), wurde zum Direktor von Schweizer Radio International berufen. Er tritt die Nachfolge von Joël Curchod an. Roy Oppenheim ist Mitglied der FDP-Arbeitsgruppe Medienpolitik. Er hat sich als Buchautor einen Namen gemacht. Seine jüngste Veröffentlichung trägt den Titel «Krieg der Bilder». Oppenheim ist ausserdem ein begabter Maler.

Paul Wyss, Dr. rer. pol., wurde zum neuen Präsidenten der Union westeuropäischer Handelskammern gewählt. Der



FDP-Nationalrat ist Vizepräsident und Delegierter der Basler Handelskammer. Die Union westeuropäischer Industrie- und Handelskammern umfasst 89 Mitglieder aus sieben EG- bzw. EFTA-Ländern. Dass die Schweiz für drei Jahre den Vorsitzenden dieser Westeuropäischen Wirtschaftsorganisation stellt, ist von Bedeutung, stehen doch in den nächsten Jahren gewichtige Integrationsfragen von EG und EFTA im Vordergrund. Ferner wird die engere Zusammenarbeit mit mitteleuropäischen Ländern zunehmen. Die Kooperation mit Handelskammern der Tschechoslowakei und Ungarns steht kurz- und mittelfristig zur Diskussion.

Rolf Jeker, Dr. oec., bisher verantwortlich für die Abteilung Exportrisikogarantie, Exportförderung, ist zum stellv. Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft (Bawi) befördert worden. Zusammen mit Staatssekretär Franz Blankart wird nun das Bawi von einem freisinnigen Team geführt.

Hans Flückiger, Dr. rer. pol., heisst der neue Direktor des Bundesamts für Raumplanung. Flückiger war zuvor schon der Stellvertreter von Marius Baschung, dem früheren Direktor, der jetzt in Pension ging.

Paul Fäh, FDP-Nationalrat aus dem Kanton Luzern, ist neu im Vorstand der Gruppe Napf. Die



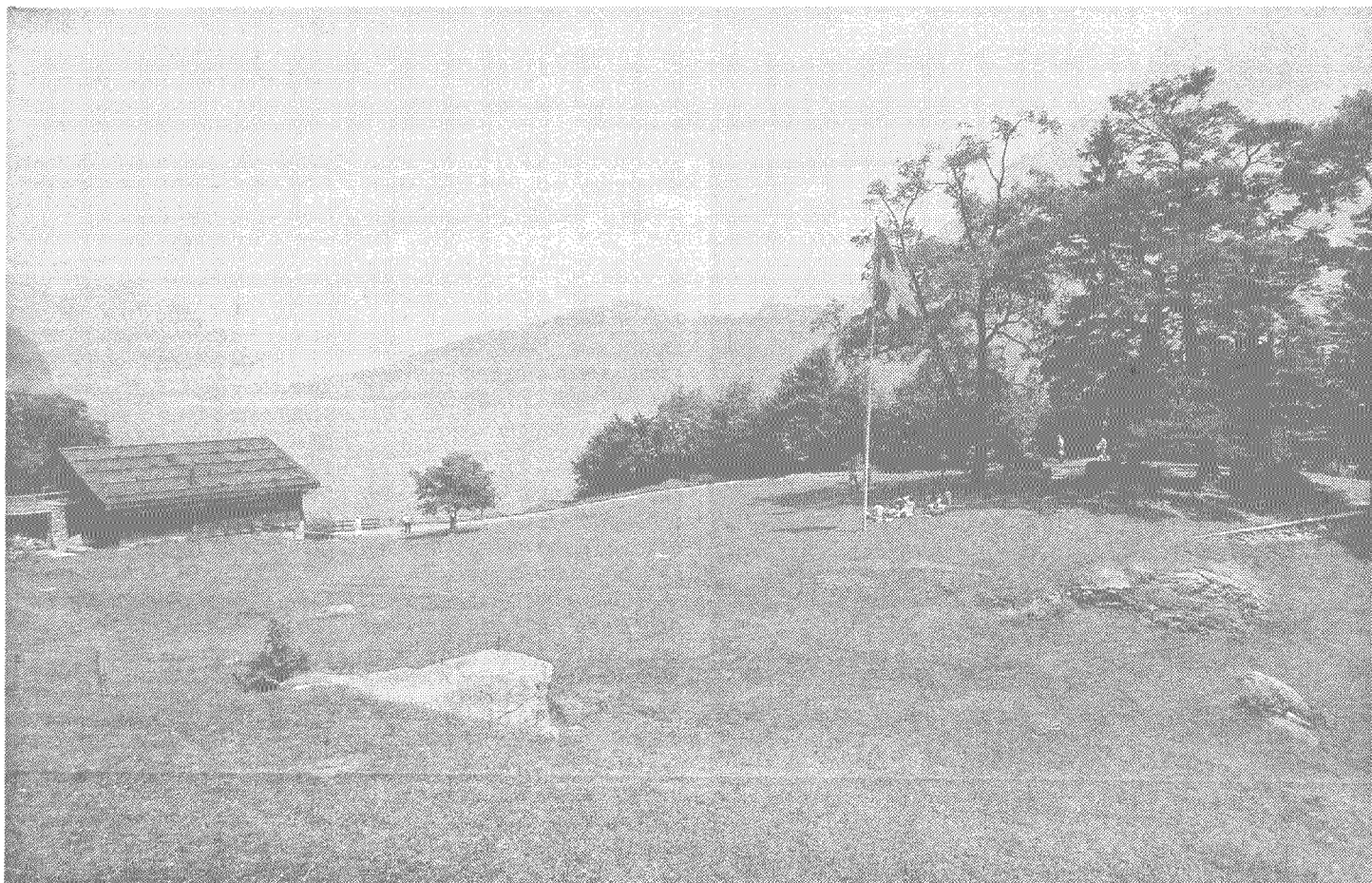
Gruppe Napf hat mit ausführlichen Vorschlägen zur Armee reform Aufsehen erregt und Wesentliches zur Diskussion beigetragen. Fähs Mitarbeit erfolgt im Zeichen einer allgemeinen Ausweitung der Gruppe Napf. Zusammen mit verschiedenen Militärverbänden will sie jetzt die vielen Vorschläge zur Armee reform, die bereits vorliegen, weiter bearbeiten. Paul Fäh wird dabei seine reiche Erfahrung im Bereich der Gesamtverteidigung einbringen können.

Hannes Goetz, Dr. ing. chem., wird neuer Präsident des Swissair-Verwaltungsrates. 1992 wird er die Nachfolge von Armin Baltensweiler antreten. Goetz ist Mitglied der FDP des Kantons Schaffhausen und dort auch im kantonalen Vorstand. Der 56jährige Konzernchef von Georg Fischer hat einen ausgezeichneten Ruf als Sanierer. Die Swissair wird ihn nötig haben, fliegt sie doch gegenwärtig Verluste ein. Dem Manager Goetz wird Mitarbeiterorientiertheit und die Fähigkeit, Ziele klar vorzugeben, attestiert. Bei Georg Fischer bleibt Goetz Mitglied des Verwaltungsratsausschusses.

Roland Crottaz, Professor an der ETH Lausanne, wird Nachfolger von Heinrich Ursprung und damit neuer Präsident des Schweizerischen Schulrats. Der Schweizerische Schulrat ist das Leitungsorgan der beiden technischen Hochschulen und der vier Anstalten: Paul-Scherrer-Institut, Empa (Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt) sowie der Anstalten «Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz» und «Wald, Schnee und Landschaft». Das Ziel des Schulrats ist es, das anerkannt hohe Niveau der Schweiz in den technischen Wissenschaften und in den Naturwissenschaften durch eine anspruchsvolle Lehre und Forschung aufrechtzuerhalten.

AMK

Nächstes Jahr auf die Rütliwiese



Ein Zeichen setzen will die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung nächstes Jahr mit ihrem Fraktionsausflug. Dieser soll im Jubiläumsjahr der schweizerischen Eidgenossenschaft aufs Rütli führen. Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS) hat diese Idee initiiert. Da 1991 zugleich Wahljahr ist, wird dieser besondere Fraktionsausflug am 12. Juni 1991 zweifellos auch zur Wahlveranstaltung.

(Photo Keystone)

FDP-Positionen

Herabsetzung der Alterslimite bei «Jugend und Sport»

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung möchte die Alterslimite bei «Jugend und Sport» von heute 14 Jahren auf 12, allenfalls 10 Jahre senken. Ein Grund für den freisinnigen Vorstoss ist die soziale Dimension des Sports, die bei tieferer Alterskategorie besser zum Tragen kommen kann. Der Sport ist nach Meinung der Freisinnigen auch eine Lebensschule, die den Jugendlichen erlaubt, beispielsweise Erfahrungen zu sammeln bezüglich Verantwortung, Toleranz und Solidarität. gleichzeitig hat der Sport Präventivwirkung, insbesondere, was die Drogen anbelangt.

AHV-IV-Renten

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst die Absicht des Bundesrates, den AHV-Rentnern vor der gesetzlich vorgesehenen Frist eine Teuerungszulage zu gewähren. Die FDP unterstützt nachhaltig auch eine inskünftig tiefere Teuerungsschwelle zur Rentenanpassung. Sowohl was die Teuerungszulage betrifft als auch im Bereich der Ergänzungsleistungen hat die FDP konkrete Vorstellungen, die noch weiter gehen als die des Bundesrates.

Die FDP verlangt, dass der Bundesrat dazu ermächtigt wird, eine jährliche Anpassung vorzusehen, wenn der Index der Konsumentenpreise innerhalb eines Jahres um mehr als 5 Prozent (bisher 8 Prozent) gestiegen ist. Sie verlangt eine

reale Heraufsetzung der Ergänzungsleistungen sowohl im Ausmass als auch bezüglich der Bezugsgrenze. Ausserdem sollen grosszügigere Mietzinsabzüge gewährt werden.

Stärkung der Kaufkraft des Schweizerfrankens

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat eine Interpellation zur Kaufkraft des Schweizerfrankens eingereicht. Sorge bereitet der FDP-Fraktion die Schwächung des Schweizerfrankens im Inland. Der Bundesrat soll untersuchen, ob in der Schweiz der Wettbewerb im Inland strukturell behindert wird. Die freisinnige Fraktion stellt die Frage, ob die in unserem Land üblichen langwierigen Verwaltungsabläufe nicht eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft und damit eine Ver-

minderung der Lebhaftigkeit des Wettbewerbs bewirken.

SFP

LFSA

Teuerungsausgleich

Der Zentralkomitee des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) verlangt den vollen Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung sowie eine reale Anpassung der Löhne im Rahmen des Produktivitätsfortschritts. Im Zuge der Gleichstellung der Frauen sind deren Löhne prozentual stärker zu erhöhen. Als Folge der bereits angekündigten, aber noch ausstehenden Mietzinserhöhungen ist im November mit einem zusätzlichen Teuerungsschub zu rechnen, weshalb sich als weiteres Begehren ein Vorausgleich der Teuerung um mindestens ein Prozent rechtfertigt. □



Wer ist der Erfinder der Velo-Vignette?

An die praktische Einrichtung der Velo-Vignette haben wir uns bereits gewöhnt. Wer aber war eigentlich ihr Erfinder? Wer kam auf diese kleine, praktische Idee? Und wer hat dafür gesorgt, dass sie auch umgesetzt wurde? Ein kleiner Tip: Da die Frage im «Freisinn» gestellt wird, wird es wohl auch ein Freisinniger sein.

Der Erfinder der Velo-Vignette ist FDP-Nationalrat Kurt Schüle (SH). 1984 reichte er ein Postulat ein, in dem er dem Bundesrat vorschlug, die Bestimmungen für Fahrräder zu vereinfachen. Viele Freisinnige, darunter auch der jetzige Bundesrat Kaspar Vlliger und FDP-Parteipräsident Franz Steingger (UR), unterstützten seinen Vorstoss. Ein Jahr später hat der Nationalrat das Postulat angenommen. Heute ist die praktische und umweltschonende Velo-Vignette eine Selbstverständlichkeit. Sage noch einer, Politik könne nichts bewirken.

Antwort

Nutzi

Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit unterbreitete dem Rat ein Postulat «Unterstützung an Fahrende». Sinnierte Ernst Leuenberger (sp., SO): «Aha, jetzt unterstützen wir also die Autopartei...»

Aktienrechts-Kommissionspräsident Moritz Leuenberger (sp., ZH) gestand: «Ich bin zwar sehr verbürgerlicht, aber doch noch nicht bürgerlich.» Darum habe er gewisse Unterlagen aus Wirtschaftskreisen nicht direkt erhalten, sondern erst auf dem Umweg über bürgerliche Kollegen.

Paul Eisenring (cvp., ZH) schimpfte, Peter Bodenmann (sp., VS) habe nicht einmal den Urheber dazu eingeladen, einen Antrag mit zu unterschreiben. Dabei hätte das, so Eisenring, «eine zwar komische, aber überzeugende Koalition ergeben».

In der Aktienrechtsdebatte erinnerte Paul Eisenring (cvp., ZH) an den früheren Aktienrechts-Experten Prof. Arnold Koller, der in der Zwischenzeit «in den Bundesrat hinauf- oder hinabgestiegen» sei.

Financier Werner K. Rey nahm Einfluss auf die Aktienrechtsrevision und forderte die Streichung jener Bestimmung, wonach Gesellschaften die Namenaktien von nicht genehmten Aktionären käuflich übernehmen können. Die Idee wurde von Maximilian Reimann (svp., AG) in einem vom Nationalrat gutgeheissenen Antrag umgesetzt. Meinte Kurt Schüle (fdp., SH): «Nach der Wirtschaft hat nun auch das Parlament einen «Rey-Mann»!».

Fundamentalistische Töne schlug in der entwicklungspolitischen Debatte die Grüne Rosmarie Bär BE an, was Karl Weber (fdp., SZ) zum Ausspruch verleitete, nun werde wieder «aus dem öko-kommunistischen Unterholz heraus» argumentiert.

Nationalrat Paul Eisenring (cvp., ZH) meinte, nach seinen Interessenbindungen in Sachen Hypozins befragt: «Meine

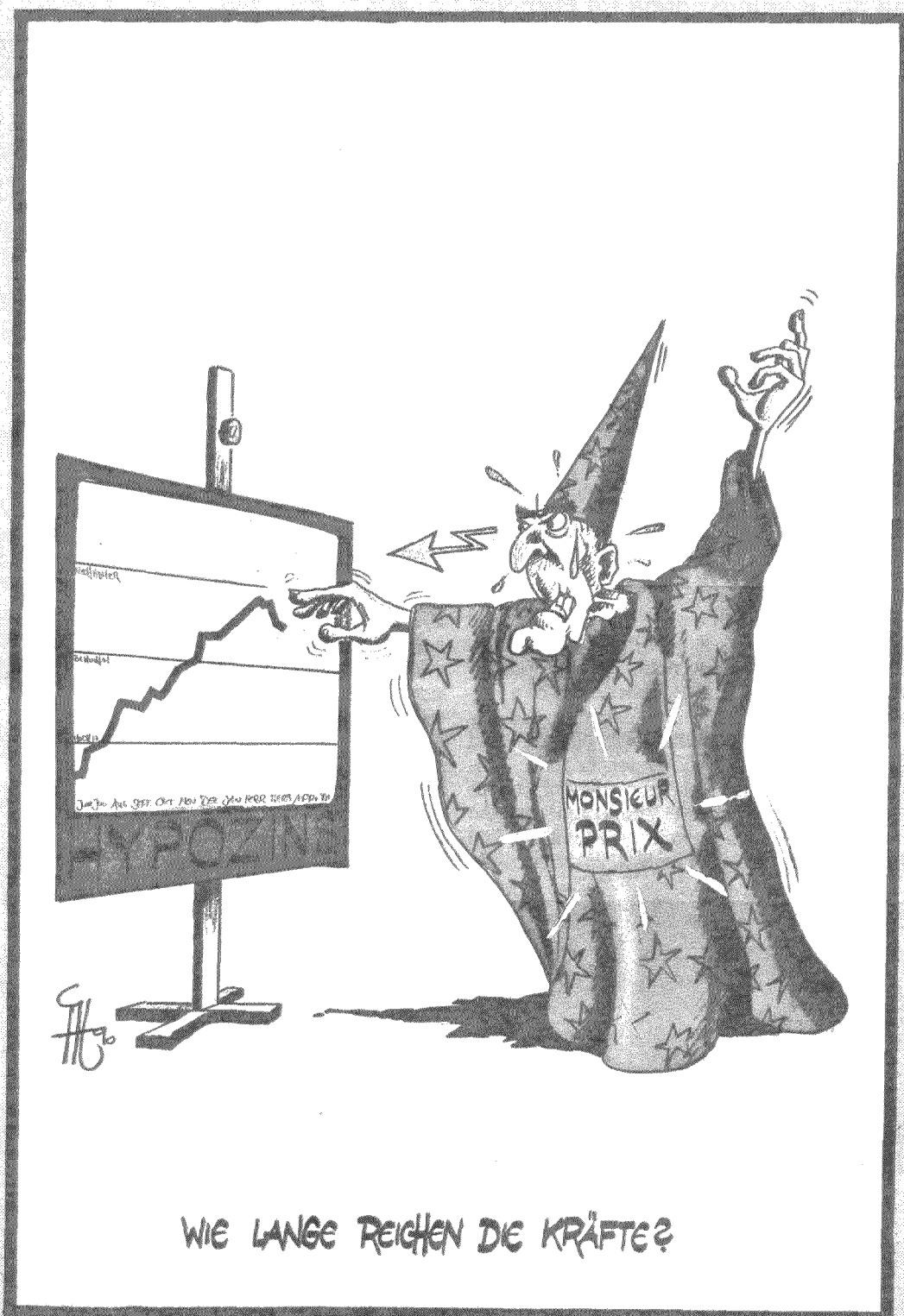
zahlreichen Interessen heben sich gegenseitig auf.»

Ausgerechnet der Fraktionspräsident der FDP, der Walliser Pascal Couchepin, wird im neu herausgegebenen offiziellen «Jahrbuch der eidgenössischen Behörden» der CVP zugeordnet. Für einen Walliser Liberalen schon eine problematische Etikette...

Der Nationalrat sprach sich beim Gewässerschutz für einen Landschaftsrappen aus, für Ausgleichszahlungen beim Verzicht auf Kraftwerke in schützenswerten Landschaften. Während der Walliser Bauingenieur Paul Schmidhalter (CVP) einen solchen Verzicht als «Negativeleistung» qualifizierte, meinte Ulrich Bremi (fdp., ZH) schmunzelnd: «Mit diesem Prinzip der Entschädigung für Nichtnutzung könnten sich alle Klöster finanzieren...»

Während Paul Eisenring (cvp., ZH) die Fichenaffäre durch einen Schlussstrich besiegeln und die dadurch eingesparten Administrationskosten von 50 Millionen Franken an eine Hilfsorganisation überwiesen haben wollte, fragte sich Felix Auer (fdp., BL), ob wohl auch eine Aktion für die Nichtfichierten gestartet werden soll: «Die Betroffenheit der vom Staatsschutzsystem offensichtlich nicht ernstgenommenen Bürger ist sowohl quantitativ als auch qualitativ viel grösser als jene weniger, auf deren Fichen sich Fehler befinden...»

«Demokratischer Ungehorsam für den Frieden» – so der viel-sagende Titel der neuen parlamentarischen Lektüre der beiden Sozialdemokraten Peter Bodenmann (VS) und Paul Rechsteiner (SG). Da kann man wohl gespannt sein auf die Umsetzung von Wort in Tat.



WIE LANGE REICHEN DIE KRÄFTE?

Schweizer Bildungspolitik im EWR

Auch für den Bildungsbereich gilt: Die Gefahr, dass sich die Schweizer in Europa verlieben, ist kaum gross. Aber: Die Schweiz sollte sich mit der Bildung und der Bildungspolitik im Europäischen Haus, ob Wirtschaftsraum (EWR) oder Gemeinschaft (EG), befassen, denn Freizügigkeit über die Grenzen hinweg ist auch eine Chance. Dies ist die Meinung des Appenzell-Ausserrhoder Landammanns Hans Höhener, Vorsteher des ausserrhodischen Erziehungsdepartementes, anlässlich der diesjährigen Tagung der Freisinnigen Frauen des Kantons St. Gallen in Bad Ragaz.

ahg. Das Referat von Hans Höhener hatte die «Schweizer Bildungspolitik in einem sich veränderndem Europa» zum Thema. Die Tagung stand unter der Leitung von Elsbeth Lüber, Wattwil, die als Gäste FDP-Parteipräsident Jakob Göldi, St. Gallen, und den Sarganserländer FDP-Nationalrat Titus Giger, Murg, begrüßen konnte.

Bildungspolitik überdenken

In seinen Ausführungen ging der Ausserrhoder Erziehungschef auf die Schweizer Besonderheiten im Bildungswesen innerhalb Europas ein: relativ späte Einschulung in die Volksschulen, Berufsbildungssystem

mit einem frühen Kontakt mit der Arbeitswelt, Gymnasien, ausschliesslich auf eine umfassende Hochschulreife zugeschnitten, Höhere Technische Lehranstalten, die nicht mit Fachhochschulen zu vergleichen sind.

Besonderheiten, die er keineswegs in Frage stellte, zu denen er aber doch festhielt, die Kantone müssten sich jetzt fragen, ob im europäischen Raum ein derartiges Schulsystem noch geführt werden könne. Höhener legte den Finger auf die Lücken im helvetischen Konzept höherer und weiterführender Bildung: Unsere Lehrlinge steigen europaweit am frühesten in die Arbeitswelt ein, unter allen OECD-Ländern weist die



Bildung ist schon jetzt grenzenlos: Bibliothek der Hochschule St. Gallen.
(Photos Michel Canonica)

Schweiz den geringsten Maturandenanteil auf, unsere Akademiker schliessen immer später ab, wir kennen die Fachhochschulreife nicht.

Vertrauen statt Misstrauen

Wenn die Schweiz dem EWR beitrifft, wird sicher eine der ersten Auswirkungen die Anerkennung ausländischer Diplome und Fähigkeitszeugnisse sein müssen. Die damit verbundene Freizügigkeit werde unser Bildungs- und Beschäftigungssystem zwar unter den internationalen Wettbewerbsdruck setzen, sagte Höhener,

aber die Konkurrenz qualifizierter ausländischer Berufsleute könne eine positive Herausforderung sein. Unser eigentliches Problem liege nämlich darin, dass wir landesintern in wichtigen Bereichen die Freizügigkeit nicht abgesichert haben. Damit müssten die Kantone jetzt anfangen.

Denn anders als in der Schweiz, wo immer noch der Grundsatz des Misstrauens gelte, wird im EWR jener des Vertrauens bestimmend sein: Wer seinen Beruf in einem Land ausüben dürfe, solle das auch in einem anderen können – auch in der Schweiz.

Herausfordernde Fragen

Unsere Bildungspolitik, so Höhener abschliessend, stehe jetzt vor der Herausforderung, unserer Jugend und unseren Kadern die Freizügigkeit in Europa zu sichern, zu überprüfen, wieweit unser Bildungssystem in seiner Struktur vom EWR beeinflusst wird, und zu erkennen, mit welchem Instrumentarium die föderalistische Schweiz eine internationale Bildungspolitik führen kann.

Er sei überzeugter Föderalist, gerade auch in der Bildungspolitik, sagte er. Föderalismus aber dürfe uns nicht daran hindern, gegenüber Europa offen zu sein. Die europäische Herausforderung könne eine Chance sein für einen sinnvoll gelebten Föderalismus – auch in der Bildungspolitik. □



Studentinnen und Studenten informieren sich an der Hochschule St. Gallen über ihre Prüfungsergebnisse. Unsere Schulen weisen einen hohen Standard auf. Dennoch sollte sich die Schweiz auch mit der Bildungspolitik im europäischen Haus befassen.